



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll der 9. Sitzung

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Berlin, den 13. März 2019, 17:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus, E.200

Vorsitz: Martin Patzelt, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 6**

Engagementstrategien der Bundesministerien

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 33**

Verschiedenes



Mitgliederliste	Seite 3
Sprechregister Abgeordnete	Seite 4
Sprechregister Sachverständige	Seite 5



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Hoffmann, Alexander Kießling, Michael Pantel, Sylvia Patzelt, Martin Strenz, Karin	Breher, Silvia Gienger, Eberhard Landgraf, Katharina Launert, Dr. Silke Steiniger, Johannes
SPD	Bahr, Ulrike Diaby, Dr. Karamba Stadler, Svenja	Esdar, Dr. Wiebke Kaiser, Elisabeth Nissen, Ulli
AfD	Höchst, Nicole Reichardt, Martin	Harder-Kühnel, Mariana Iris Huber, Johannes
FDP	Aggelidis, Grigorios	Bauer, Nicole
DIE LINKE.	Werner, Katrin	Freihold, Brigitte
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna	Schulz-Asche, Kordula



Sprechregister Abgeordnete

	Seite
Abg. Grigorios Aggelidis (FDP)	19
Abg. Ulrike Bahr (SPD)	27
Abg. Dr. Anna Christmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 23
Abg. Dr. Karamba Diaby (SPD)	15
Abg. Brigitte Freihold (DIE LINKE.)	16, 27
Abg. Nicole Höchst (AfD)	18
Abg. Katharina Landgraf (CDU/CSU)	25
Abg. Ulli Nissen (SPD)	27
Abg. Sylvia Pantel (CDU/CSU)	17
Abg. Svenja Stadler (SPD)	16, 27



Sprechregister Sachverständige

	Seite
Maria Becker Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Leiterin der Unterabteilung 42 „Prävention“	7, 19, 28, 33
Irmgard Maria Fellner Auswärtiges Amt (AA), Beauftragte für Auswärtige Kulturpolitik	9, 20, 25, 29
Dagmar Rothacher Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Leiterin der Unterabteilung VII D, Arbeitsstab neue Bundesländer	10, 21, 29
Dr. Korinna Schack Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), Referat G II 1 „Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen, Strukturwandel, Berichte“	11, 22, 30
Eric Schnell Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Leiter des Referats P III 1 „Soziale Grundsatzfragen; Sozialdienst der Bundeswehr, Fürsorgeangelegenheiten; Wohnungsfürsorge; Beihilfe“	12, 22, 23, 31
Dirk Schwenzfeier Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Leiter der Unterabteilung Z 3 „Zivilgesellschaft, Länder/Kommunen, Compliance“	14, 24, 31



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** Martin Patzelt begrüßt die Mitglieder des Unterausschusses zur öffentlichen neunten Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Ebenso heißt er die geladenen Sachverständigen und die Gäste auf der Empore herzlich willkommen.

Anschließend gratuliert er Abg. Alexander Hoffmann (CDU/CSU), den er heute als Vorsitzender vertrete, im Namen der Mitglieder des Unterausschusses in Abwesenheit nachträglich zum Geburtstag. Abg. Katharina Landgraf (CDU/CSU) spricht er ebenfalls anlässlich ihres Geburtstags nachträglich im Namen des Ausschusses herzliche Glückwünsche aus.

Er weist eingangs darauf hin, dass die Sitzung zur Erstellung eines Protokolls aufgezeichnet werde und bittet daher darum, während der Redebeiträge das Mikrofon zu benutzen. Das fertige Protokoll werde im Nachgang zur Sitzung im Internet veröffentlicht.

Die Gäste auf der Empore weist er darauf hin, dass es nicht gestattet sei, während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen zu machen.

Sodann stellt der Vorsitzende Einvernehmen bezüglich der Tagesordnung und des Ablaufs der Sitzung fest.

Tagesordnungspunkt 1

Engagementstrategien der Bundesministerien

Der **Vorsitzende** legt dar, er freue sich, dass die Vertreter/innen aus den Bundesministerien der Einladung des Unterausschusses gefolgt seien, um den Mitgliedern des Unterausschusses zu berichten, inwieweit sie in der Freiwilligenarbeit engagiert seien, welche Vorstellungen und gegebenenfalls auch konzeptionelle Vorstellungen sie hätten. Der Unterausschuss habe bereits eine Anhörung mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesministerien durchgeführt und er wolle den Anhörpersonen auch mitteilen, warum der Unterausschuss so daran interessiert sei, zu hören, was in den Bundesministerien mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement gemacht werde. Das werde auch schon an die Ministeriumsvertreter/innen herangetragen worden sein, die Kabinettsvorlage sei in Vorbereitung.

Als Unterausschuss des Familienausschusses sei man damit beschäftigt, den Koalitionsvertrag auszufüllen. Das heiße, das bürgerschaftliche Engagement in bestmöglicher Weise zu unterstützen und dabei unter anderem die Arbeit der Freiwilligen in den Kommunen zu optimieren. Dafür suche man im Moment nach dem besten Weg. Es gebe einen Vorschlag des Familienministeriums, dies in Form einer Stiftung zu tun, mit einzelnen Themenfeldern. Darüber werde im Moment noch auf Kabinettssebene diskutiert und dann letzten Endes der Beschluss gefasst, wie diese Stiftung, wenn sie denn komme, ausgestaltet werden solle. Deswegen seien dem Unterausschuss auch die Erfahrungen und Auffassungen der Bundesministerien sehr wichtig, weil sich die Abgeordneten natürlich in das Verfahren einbringen wollten. Es gehe heute auch darum, Expertise zu gewinnen und auch die Willensbekundung aus den hier vertretenen Häusern dazu zu hören.



Der **Vorsitzende** erklärt, zunächst folgten nun die Eingangsstatements der Anhörspersonen. Hierfür stünden jeweils fünf Minuten zur Verfügung, die er auch bitte einzuhalten, damit im Anschluss ausreichend Zeit für Fragen der Ausschussmitglieder bleibe. Er bittet sodann Maria Becker vom Bundesministerium für Gesundheit mit ihrem Statement zu beginnen.

Maria Becker (BMG) dankt dem Vorsitzenden und den Abgeordneten für die Einladung und die Gelegenheit, heute hier die Anstrengungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements in der Gesundheits- und Pflegepolitik darzustellen.

Die Ausschussmitglieder haben der Unterlage entnehmen können, dass das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) da relativ breit aufgestellt sei, und dass man bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt auch als Ergänzung der bestehenden Angebote im Gesundheitssystem und in der Pflege sehe. Die Förderung des Aus- und Aufbaus des bürgerschaftlichen Engagements sei im BMG daher auch ein hohes Anliegen. Bürgerschaftliches Engagement spiele eine Rolle in der Hospiz- und Palliativversorgung sowie bei den übertragbaren und nicht übertragbaren Erkrankungen. Bei den übertragbaren beispielsweise bei HIV, bei den nicht übertragbaren seien es Krebs, Rheuma, Diabetes, um einige der bekannten Volkskrankheiten zu nennen. Vor allen Dingen aber auch bei den psychischen Erkrankungen, die auch in der Bevölkerung und in der Öffentlichkeit im besonderen Fokus stünden, spiele bürgerschaftliches Engagement eine Rolle. Die Suchtselbsthilfe und die Pflege- und Palliativversorgung habe sie schon erwähnt und entsprechend vielschichtig und breit, wie das Engagementangebot sei, sei auch die Art oder die Form, wie man dieses Engagement unterstütze.

Das BMG fördere das bürgerschaftliche Engagement zum einen institutionell, zum Beispiel bei der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, bei der Deutschen AIDS-Hilfe oder auch bei der „Aktion Psychisch Kranke e.V.“ Man fördere aber

auch im Wege der Projektförderung, vor allen Dingen im Bereich der gesundheitlichen Selbsthilfe. Hier gebe es viele Selbsthilfeorganisationen, zum Beispiel die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V. (BAG SELBSTHILFE), die wiederum Mitgliedsvereinigungen habe, die ihrerseits in der Selbsthilfe aktiv seien. Eine selbsthilfebezogene Projektförderung erfolge zum Beispiel auch in den Bereichen Krebs und Diabetes, Rheuma sowie im Bereich der psychischen Erkrankungen.

Darüber hinaus gestalte das Ministerium auch Rahmenbedingungen über das Gesetz, nämlich einmal über das SGB V, zum Beispiel in der Palliativ- und Hospizversorgung, aber eben auch im Bereich der gesundheitlichen Selbsthilfe der Krankenkassen und im SGB XI, also da, wo die Pflege geregelt sei, eben auch im Rahmen der Pflegeversicherung. Aus den Unterlagen haben die Abgeordneten entnehmen können, dass mit dem Präventionsgesetz im Bereich der gesundheitlichen Selbsthilfe die Mittel erhöht worden seien, die die Krankenkassen zur Förderung der gesundheitlichen Selbsthilfe verausgaben könnten. Das seien in diesem Jahr rund 82 Mio. Euro und gefördert werde hier in zwei Strängen, nämlich einmal pauschal, das heiße kassenartenübergreifend und zum anderen kassenindividuell, im Wege der Projektförderung. Gerade heute hätten sich die Ausschüsse des Deutschen Bundestages mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) beschäftigt und unter anderem auch einen Änderungsantrag verabschiedet, der eine Erhöhung dieser Pauschalförderung von 50 auf 70 Prozent vorsehe. Das bedeute, dass die Basisfinanzierung für die Organisationen im Bereich der gesundheitlichen Selbsthilfe gestärkt werde und ein Stückweit gehe damit natürlich auch die kassenindividuelle Projektförderung zurück. Das sei aber auch ein Anliegen von vielen Selbsthilfeorganisationen gewesen, die sich eine noch stärkere Unterstützung im Bereich ihrer Strukturen gewünscht hätten, das heiße, mit den Geldern könnten sie zum Beispiel Räume bezahlen, Mieten entrichten oder auch die Digitalisierung



verbessern. Das seien Möglichkeiten, die damit eröffnet würden.

Auch in der Pflegeversicherung werde die Förderung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag und ehrenamtlicher Strukturen vom Spitzenverband Bund der Pflegekassen aus Mitteln des Ausgleichsfonds mit jährlich 25 Mio. Euro unterstützt. Dieser Betrag könne dann nochmal durch Zuschüsse von Ländern und Kommunen auf 50 Mio. Euro pro Jahr angehoben werden und in diesem Bereich sei es auch möglich, mit weiteren bis zu 10 Mio. Euro strukturelle Förderung von regionalen Netzwerken zu betreiben, in denen sich auch das bürgerschaftliche Engagement widerspiegeln. Nehme man zum Beispiel eine Kommune, in der die Caritas im ambulanten Service tätig sei, ein privater oder kirchlicher Träger ein stationäres Angebot habe und es darüber hinaus von der Kommune oder von anderen auch noch Betreuungsdienste gebe, so könne es bei den regionalen Netzwerken Ziel sein deren Zusammenarbeit untereinander und mit ehrenamtlichen Angeboten zugunsten der Pflegebedürftigen zu stärken und zu optimieren.

Darüber hinaus sehe die Pflegeversicherung auch die Förderung der Selbsthilfe vor. Die sei mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz zu Anfang dieses Jahres nochmal verbessert worden. Hier stünden insgesamt ca. 12 Mio. Euro aus Mitteln der Pflegeversicherung zur Verfügung und mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz sei auch die Förderung von Gründungszuschüssen für neue Selbsthilfegruppen, Organisationen und Vereine im Bereich der Pflege durch eine vereinfachte und bundesweite Förderung ermöglicht worden. Die Abgeordneten wüssten auch, dass die Einbeziehung von pflegenden Angehörigen und von ehrenamtlich Tätigen im Alltag von stationären Pflegeeinrichtungen ein bedeutender Faktor sei. Bereits seit dem Jahr 2008 könnten Aufwendungen dafür, auch für den Einsatz und die Einbindung von Mitgliedern, von Selbsthilfegruppen und deren Schulungen, im Rahmen der Vergütung der Pflegeeinrichtungen berücksichtigt werden. Die Förderung der Einbindung des ehren-

amtlichen Engagements solle hier dazu beitragen, die professionelle Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen im stationären Bereich zu unterstützen. Sie habe nicht das Ziel, einen Ersatz für die Fachkräfte zu schaffen. Es sei da aber auch ganz wesentlich, dass, wenn Ehrenamtliche aktiv seien auch Unterstützungsmöglichkeiten existierten, die ggf. über die Pflegesätze oder die Vergütung ambulanter Pflegedienste berücksichtigt werden könnten.

Eine besondere Herausforderung stelle auch die Begleitung von schwerstkranken und sterbenden Menschen dar. In der vergangenen Legislaturperiode sei das Palliativ- und Hospizgesetz verabschiedet worden. Dieses sehe eine Verbesserung der finanziellen Zuschüsse der gesetzlichen Krankenversicherung für ambulante Hospizdienste und stationäre Hospize durch höhere Zuschüsse vor. Die Zuschüsse lägen nicht bei 100 Prozent, das bedeute, ein Teil der hospizlichen Begleitung werde weiterhin durch Spenden und ehrenamtliches Engagement getragen. Dies werde von den maßgeblichen Hospizorganisationen auch nicht in Frage gestellt, da die Hospizbewegung ganz wesentlich auf dem ehrenamtlichen Engagement beruhe. Die Verbesserungen unterstützten die ehrenamtliche und bürgerschaftliche Arbeit der Hospizvereinigungen nachhaltig.

Schaue man sich zum Schluss die Herausforderungen an, vor der das bürgerschaftliche Engagement im Bereich Gesundheit und Pflege stehe, dann lauteten die Stichworte Digitalisierung und Nachwuchsgewinnung. In beiden Fällen versuche man, dem nachzukommen, indem man Tagungen zu diesen Themen fördere. Das Ministerium habe auch im Bereich der gesundheitlichen Selbsthilfe ein Forschungsprojekt aufgelegt. Einzelne kleinere Verbände hätten auch Initiativen ergriffen, die vom BMG gefördert würden, um sich mit diesen Themen nachhaltig auseinanderzusetzen. Damit schließe sie ihre Ausführungen zu einem ersten groben Überblick.



Der **Vorsitzende** dankt Maria Becker. Es sei erstaunlich, was das Bundesministerium für Gesundheit in diesem Bereich alles tue. Um das darzustellen, reichten wahrscheinlich die fünf Minuten wirklich nicht aus. Anschließend erteilt er Irmgard Maria Fellner (Auswärtiges Amt) das Wort.

Irmgard Maria Fellner (Auswärtiges Amt) dankt dem Vorsitzenden und den Abgeordneten, sie freue sich, dass sie für das Auswärtige Amt vortragen könne. Das Auswärtige Amt fördere insbesondere im Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) das freiwillige und unentgeltliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für gesellschaftliche Belange. Zu den wesentlichen Zielen der AKBP gehöre die Förderung des Zugangs zu Kultur und Bildung weltweit, die Stärkung der internationalen kulturellen Verständigung, Dialog und Kooperation auf Augenhöhe. Wichtige Bereiche in diesem Sinne seien als allererstes die Außenpolitik der Zivilgesellschaften. Was verstehe man darunter? Im Rahmen der institutionellen Förderungen sowie auch über verschiedene Programme und Projekte fördere das Auswärtige Amt zivilgesellschaftliche Institutionen und Akteure im In- und Ausland, die ihrerseits bürgerschaftliches Engagement unterstützten und dazu motivierten. Als Beispiele nenne sie stellvertretend das Programm zum „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“, ÖPR, das durch ein vielfältiges Netzwerk an Vereinspartnerschaften zum Beispiel einen Weg baue, der Gesellschaften verbinde und auch, wenn die politischen Zeiten schwierig seien, dann immer noch ein Dialogkanal offen lasse und auch für Deutschland und für unser politisches System werbe. Um die Brücke zu bauen zur Kollegin Becker, da gebe es zum Beispiel Vereine, die sich um Inklusion bemühten und deutsche Ehrenamtliche, die ins tiefste Russland gingen und tatsächlich dort schwerstbehinderte Menschen pflegten, die sie noch nie vorher gesehen hätten, einfach um zu zeigen, dass es ihnen ernst ist mit diesem bürgerschaftlichen Engagement. Das seien Erfolgsgeschichten,

die das Auswärtige Amt auch sehr gerne vor diesem Haus präsentiere.

Für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gebe es Bürgerdialoge zu Europa, die von eigenen Kolleginnen und Kollegen durchgeführt würden. Sie trügen dazu bei, Wissen zu vertiefen und gesellschaftliches Engagement zu fördern, auch Anreize zu schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger das dann auch nachahmten.

Es gebe Jugendbegegnungen zum Beispiel aus Anlass 100 Jahre Erster Weltkrieg. Hier habe man eine Veranstaltung „Youth for Peace“ mit 500 Jugendlichen aus 48 Ländern durchgeführt, die eine Woche eng miteinander gearbeitet hätten, um 100 Thesen für den Frieden auszuarbeiten, die sie dem deutschen und französischen Präsident überreicht hätten und die das dann auch wieder in ihren Gesellschaften zurückgäben. Jugendliche aus Russland und der Ukraine seien dabei, die dann sagten: „Wir hätten nie gedacht, dass wir mal Freunde aus einem anderen Land finden können.“ Das seien auch Beispiele, die man sehr gerne präsentiere.

Das Auswärtige Amt habe zwei wichtige Freiwilligendienstprogramme „kulturweit“ und „naturweit“. Letzteres sei ganz neu und umfasse Arbeit an und für Naturerbe, also etwa Nationalparks. Bei „kulturweit“ handle es sich um ein Programm auf Initiative des damaligen Bundesaußenministers Steinmeier, das seit zehn Jahren bestehe. Dieses Programm habe mittlerweile ungefähr 4.000 Alumni. Ungefähr 500 Freiwillige von 18 bis 26 Jahren engagierten sich im Jahr für einen Zeitraum von einem halben Jahr bis einem Jahr in der Kultur- und Bildungsarbeit. Die Freiwilligen würden derzeit in rund 70 Staaten entsandt. Rund 70% dieser Einsätze erfolgen in sogenannten ODA-Ländern, also Länder die zu den ärmsten und von den Lebensumständen her schwierigsten gehörten. Ein Einsatz in diesen Ländern sei fordernd und keinesfalls mit Urlaub gleichzusetzen. Kulturweit sei Träger für das Freiwillige Soziale Jahr im Ausland, sei aner-



kannt und trage auch das Qualitätssiegel „Qualität in Freiwilligendiensten“. Mit aktiver Alumni-Arbeit würden die Freiwilligen dann auch auf ihrem weiteren Lebensweg begleitet und bildeten sich nach ihrer Rückkehr auch in Themen wie Nachhaltigkeit oder UNESCO-Welterbe weiter. Das Auswärtige Amt unterstütze die Programme in diesem Jahr mit 5,3 Mio. Euro.

Man habe in diesem Jahr auch einen kleinen Ableger geschaffen zum Thema „naturweit“, wo sich junge Menschen für Welterbestätten engagierten, die die Natur betreffen, also Naturparks, Tierschutz usw. In diesem Jahr seien erstmals 29 Freiwillige entsandt worden. Am 1. März habe man im Auswärtigen Amt einen großen Entscheidungstag für diese jungen Menschen veranstaltet, die von der UNESCO-Kommission Deutschland betreut würden und vorher ein intensives Coaching bekämen, damit sie ihre Aufgabe nicht unvorbereitet anträten.

Das Auswärtige Amt sei außerdem an der Identifizierung geeigneter Stellen für den Internationalen Jugendfreiwilligendienst beteiligt. Das heiße, man ermögliche ein Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland, insbesondere auch in der Friedens- und Versöhnungsarbeit.

Weiterhin habe man ca. 300 sogenannte „UNESCO-Projektschulen“ in Deutschland, die im Netzwerk der UNESCO betreut würden. Sie führten schulische und außerschulische Aktivitäten durch und unterstützten die Arbeit im Kulturbereich und führten junge Menschen auch an ein Engagement heran, das sie als Erwachsene weiterführten.

Sie erwähne noch die Auslandsschulen. Dort gebe es sehr viele Elternvereine, die auch – Herr Abg. Dr. Diaby kenne das durch einen Besuch an einer Auslandsschule – die dort die Tradition des Engagements auch im Ausland weiterführten und bekanntmachten. Ohne diese Elternvereine wären viele deutsche Auslandsschulen auch gar nicht arbeitsfähig. Für dieses Engagement sei man sehr dankbar.

Natürlich machten die Auslandsvertretungen auch Vorschläge zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes und zur Würdigung von bürgerschaftlichem Engagement. Das Ministerium ver gebe auch bilaterale Auszeichnungen zum Beispiel den Deutsch-Polnischen Preis, den Deutsch-Französischen Menschenrechtspreis oder den Adenauer-de Gaulle-Preis.

Abschließend verweise sie noch auf den strategischen Stiftungsdialo g, die Förderung des Deutsch-Französischen Instituts, die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, den Deutsch-Israelischen Zukunftsfonds und viele, viele andere Beispiele mehr. Die Zeit sei jetzt zu knapp, dazu näher auszuführen. Aber auf Nachfrage stehe sie natürlich sehr gerne zur Verfügung.

Der **Vorsitzende** erteilt Dagmar Rothacher (BMWi) das Wort.

Dagmar Rothacher (BMWi) führt ein, es sei in der Tat schon verwunderlich, Wirtschaftsministerium und Engagement. Man sei ein Exot, nämlich der Arbeitsstab „Angelegenheiten der neuen Bundesländer“, der in dieser und letzter Legislaturperiode beim Wirtschaftsministerium ressortiere. Der Arbeitsstab neue Länder beschäftige sich natürlich auch ganz intensiv mit gesellschaftspolitischen Themen. Das Thema Engagement sei dabei ein ganz wichtiges. Eigenverantwortliches Handeln, eine starke Bürgergesellschaft sei ein wichtiger Faktor auch für die Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität in Kommunen und Regionen. Der Koalitionsvertrag habe es auch ausdrücklich aufgerufen. Insbesondere sei Thema, so etwas innerhalb von strukturschwachen, ländlichen und vom demografischen Wandel betroffenen Regionen in Ostdeutschland aufzubauen; man kenne die Diskussionen. Gerade jetzt komme das Thema auf, abgehängte Regionen und die Stigmatisierung der Menschen, die damit verknüpft sei. Das Ministerium halte das für eine kontraproduktive Diskussion und würde



gern versuchen, gegenzusteuern. Diese wachsende Unzufriedenheit resultiere natürlich unter anderem aus dem Gefühl, mit seinen Leistungen nicht anerkannt zu werden oder auch daraus, mit ganz speziellen Bedürfnissen in der Politik nicht wahrgenommen zu werden. Eine der Ursachen sei natürlich die sich verändernde demografische Entwicklung. Es habe nach der Wende große Wanderungsbewegungen gegeben. Man habe es mit einer großen Alterung zu tun. Der demografische Wandel schreite in Ostdeutschland schneller voran und trotzdem gebe es die Bereitschaft vor Ort, sich zu engagieren, aber es fehle mitunter an den finanziellen und personellen Ressourcen. Zu Beginn habe der Vorsitzende nach Tipps für ein Engagementprogramm gefragt. Ihre Feststellung sei, dass großangelegte Förderprogramme häufig auf kleine Organisationen oder auch Gruppen schlecht passten, weil sie sich scheuten, bürokratischen Aufwand zu treiben, um einen Antrag zu stellen und dergleichen. Das heiße, kreative Ideen, die es vor Ort gebe, versandeten oft und würden an sich doch für die Stärkung der Demografie gebraucht. Das habe das BMWi auf die Idee gebracht, in diesem Jahr einen Ideenwettbewerb zu starten und zwar ganz speziell für strukturschwache und ländliche Regionen, der im April beginnen solle, wenn man jetzt an dem Zeitplan so weiterarbeite. Es gehe dabei darum, das vielfältige Engagement vor Ort sichtbar zu machen und zu würdigen. Mit einem Preisgeld, das man ausreichen wolle, wolle man auch Starthilfe für die Umsetzung geben. Es werde für einen solchen Wettbewerb auch ganz bewusst sehr tief in die Tasche gegriffen. Insgesamt wolle man 330.000 Euro zur Verfügung stellen. Konkret solle der Wettbewerb „Machen 2019“ heißen und das Engagement der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger für die Gemeinde in ihrer Region öffentlich machen und bestenfalls auch zur Nachahmung motivieren. Man wolle also die ideelle Auszeichnung durch eine Preisverleihung krönen und das Ganze durch die Starthilfe in Form eines Preisgeldes unterstützen. Hauptkategorie werde „Bürgerschaftliches Engagement als Quelle für Lebensqualität und Zusammenhalt vor Ort“ sein. Es gebe auch zwei Sonderkategorien. Zum einen natürlich gemünzt auf die Jubiläumsjahre „30 Jahre Maueröffnung,

30 Jahre Deutsche Einheit - Geschichte erlebbar machen“ und im Hinblick auf die Partnerschaft zu osteuropäischen Ländern „grenzüberschreitende Partnerschaften“. 40 Ideen sollen prämiert werden im Gesamtwert von 330.000 Euro, 30 in der Hauptkategorie, fünf jeweils in den Nebenkategorien. Preisgelder würden gestaffelt zwischen 5000 und 15.000 Euro ausgereicht. Man wolle das sehr öffentlich machen, um auch einen Impuls für Nachahmer zu geben. Das Ganze werde auf einer Website sichtbar gemacht. Ende August gebe es als Krönung eine öffentliche Preisverleihung. Es werde gewissermaßen Neuland betreten. Man sei etwas unsicher, wie das funktioniere, baue darauf, dass man durch eine große Ankündigung und viele Mitstreiter, die das publik machten, auch in ihren Wahlkreisen, ganz viele ermuntere, es einfach mal zu versuchen und gute Ideen, die vor Ort vorhanden seien, auf den Weg zu bringen. Insoweit würde man sich ganz besonders über die Unterstützung der Abgeordneten freuen. Man stehe auch gerne zur Verfügung, um den Abgeordneten nach dem Start entsprechendes Informationsmaterial zu geben.

Der **Vorsitzende** erteilt anschließend Dr. Korinna Schack (BMU) das Wort.

Dr. Korinna Schack (BMU) dankt den Abgeordneten für die Einladung und die Gelegenheit zum Austausch. Dieses Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ sei für die Umweltpolitik auf der einen Seite ein besonderes Thema, weil Umweltpolitik ohne die Mitwirkung der Bevölkerung eigentlich kaum denkbar sei und sich das BMU deswegen seit jeher auch als Engagement-Ressort verstehe. Gleichzeitig habe man aber nicht solche Aushängeschilder, auf denen groß „Engagement“ stehe, sondern das Engagement-Thema sei eigentlich ein Querschnitt, der durch alle Aktivitäten im Haus reiche. Sie habe den Ausschussmitgliedern zur Vorbereitung ein paar Beispiele aufgeschrieben, die sie herausgegriffen habe, an denen das vielleicht deutlich werde.

Prominent sei die Projektförderung in der sogenannten Verbändeförderung, wie sie beim BMU



heiße, aber zum Beispiel auch im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative „Kurze Wege für den Klimaschutz“, bei der Projekte zum Klimaschutz von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, aber auch Umweltverbände gefördert würden, um auch dort freiwilliges Engagement voranzubringen.

Das Engagement im Naturschutz sei sehr stark auf freiwilliges Engagement angewiesen. Als Beispiele seien zu nennen: die Pflege von Naturflächen, den Kröten beim Überqueren von Straßen zu helfen, Urban-Gardening-Projekte in der Stadt. Das Ministerium fördere aber durchaus auch die Vernetzung von Nachhaltigkeitsinitiativen vor Ort. Dahinter würden sich auch Projekte verbergen, von denen Frau Rothacher gerade berichtet habe, in denen es darum gehe, Ideen umzusetzen, wie man die Lebensqualität vor Ort - vielleicht auch unter widrigen Bedingungen - nachhaltig gestalten könne oder bei denen auch Umwelt- und Naturschutz tatsächlich zur Beförderung von Lebensqualität beitragen, ähnlich wie bei der Einrichtung von Bürgerbussen oder anderen kreativen Ideen, wo es vielleicht auch große Schnittstellen gebe.

Mit der Förderung von Freiwilligendiensten habe man diesen klassischen Bereich, den es auch im BMFSFJ gebe. Da stärke man die ökologische Perspektive, indem auch die ökologischen Freiwilligendienste Berücksichtigung fänden und ausgebaut würden.

Im Rahmen der empirischen Sozialforschung werde beobachtet, wie sich Engagementbereitschaften und Engagementmuster über den Zeitverlauf entwickelten. So gebe es zum Beispiel im Umfeld der Umweltbewusstseinsstudie eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, die alle zwei Jahre durchgeführt werde, bei der man auch immer nach der Engagementbereitschaft frage. Dabei stelle sich heraus, dass es ein enormes Engagementpotenzial gebe. 5 bis 6 Prozent der Befragten sagten, sie würden sich im Umwelt- und Naturschutz engagieren. Gleichzeitig machten ca. 46 Prozent die Angabe, sie könnten sich solch

ein Engagement vorstellen. Natürlich werde auch gefragt, woher dieses Potenzial komme und wie man es heben könne. Das mache das BMU derzeit. Danach, wie sich dieses Engagementpotenzial heben lasse oder woran es eigentlich liege, dass es nicht genutzt werde, habe auch der Vorsitzende bereits gefragt. Man forsche da auf der einen Seite nach verbesserten Angeboten, die eben auch die Nachwuchsproblematik bearbeiten. Das heiße, junge Leute suchten nach anderen Engagementformen als der klassischen Verbandsarbeit. Das BMU schaue, wie es da unterstützen könne.

Man habe aber auch festgestellt, dass es durchaus Potenziale gebe, die bereits gehoben, aber nicht so benannt würden. Umweltengagement könne eben auch in anderen Engagementfeldern entdeckt werden. Großes Umweltengagement, auch für die globalen Nachhaltigkeitsziele, gebe es in Wohlfahrtsverbänden oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, es werde aber nicht als solches bezeichnet.

Zum Abschluss dieses Forschungsvorhabens solle es eine Handreichung geben, eine Arbeitshilfe „Sustainable Development Goals (SDGs) im bürgerschaftlichen Engagement“. Was heiße das eigentlich? Wie gehe das? Die vielen Beispiele, die man dazu gefunden habe, würden aufgelistet. Man wolle einfach deutlich machen, wo man sich bereits für die Nachhaltigkeitsziele engagiere, aber auch zum Nachahmen anregen.

Der **Vorsitzende** dankt Dr. Korinna Schack (BMU) und erteilt anschließend Eric Schnell (BMVg) das Wort.

Eric Schnell (BMVg) dankt für die Gelegenheit, im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ vorzutragen.

Das BMVg unterstütze im Rahmen der rechtlichen und haushalterischen Möglichkeiten das ehrenamtliche Engagement seiner Beschäftigten. Allerdings eher nicht durch direkte finanzielle



Leistung aus dem Einzelplan 14, sondern die Unterstützung erfolge eher projektbezogen bzw. zweckgebunden. Ein gutes Beispiel dafür sei das Bundeswehr-Sozialwerk, das dem einen oder der anderen bestimmt bekannt sei. Es sei als Verein organisiert. Der Bund leiste hier jedes Jahr einen Bundeszuschuss, allerdings aus dem Einzelplan 60, in Höhe von etwa 850.000 Euro. Dieser Bundeszuschuss berechne sich unter anderem aus der Mitgliederzahl, die das Bundeswehr-Sozialwerk habe. Er werde projektbezogen gewährt, vor allen Dingen würden hier Kinder- und Jugendfreizeiten durchgeführt, insbesondere auch Freizeiten für behinderte Kinder. Diese Freizeiten würden überwiegend durch ehrenamtliche Mitglieder betreut, bei denen es sich natürlich größtenteils um bei der Bundeswehr Beschäftigte handle, Soldaten oder zivile Mitarbeiter, die als Ehrenamtler diese Ferienfreizeiten jedes Jahr betreuten. Dazu werde im großen Umfang Sonderurlaub nach der Sonderurlaubsverordnung eingesetzt, der an etwa 10 Tagen im Jahr für solche Angelegenheiten aufgewendet werden könne, aber eben auch im großen Umfang persönlicher Erholungsurlaub der einzelnen Mitarbeiter. Darüber hinaus erbringe die Bundeswehr beim Bundeswehr-Sozialwerk weitere Unterstützungsleistungen, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur oder personelle Unterstützung. Zum Beispiel überlasse man dem Bundeswehr-Sozialwerk unentgeltlich Gebäude, sprich die Bundeswehr zahle Verbrauchskosten wie Strom etc. und das Bundeswehr-Sozialwerk nutze diese Gebäude beispielsweise für die Bundesgeschäftsführung.

Darüber hinaus gebe es viele andere Institutionen im Bereich der Bundeswehr, die verschieden organisiert seien. Er habe schon erwähnt, dass das Bundeswehr-Sozialwerk ein Verein sei. Man habe natürlich auch mehrere Stiftungen. Er wolle auf die „Deutsche Härtefallstiftung“ hinweisen, die in den letzten Jahren deutlich gestärkt worden sei. Sie habe sich ursprünglich mit sogenannten „Radaropfern“ befasst, das heiße, mit Mitarbeitern der Bundeswehr bzw. der NVA, die aufgrund von Radarstrahlen geschädigt worden

seien. Die Härtefallstiftung sei in den letzten Jahren neu aufgestellt worden. Sie habe jetzt ein deutlich breiteres Aufgabenfeld und erhalte hierzu aus dem Einzelplan 14 zweckgebunden Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro pro Jahr für unverschuldet in Not geratene ehemalige angehörende der Bundeswehr, der NVA sowie für deren Hinterbliebene, insbesondere für Maßnahmen dort, wo das Versorgungsrecht nicht mehr helfen könne.

Das BMVg erbringe finanzielle Leistungen für die institutionalisierte Förderung zum Beispiel des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr, der ebenfalls als Verein organisiert sei. Diese Zuwendung werde zweckorientiert für die sogenannte „beorderungsunabhängige Reservistenarbeit“, insbesondere auch für Werbung für die Reservistenarbeit und weitere Unterstützungsleistungen zugewiesen. Dadurch werde das bürgerschaftliche Engagement der Mitglieder des Verbandes der Reservisten ganz entscheidend gefördert. Die angesprochenen Institutionen böten auch Ehrenamtlichen ein Wirkungsfeld, in dem sie tätig werden könnten.

Daneben gebe es verschiedene Betreuungsorganisationen in der Bundeswehr, zum Beispiel die Familienbetreuungsorganisation, in der auch viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig seien. Diese unterstütze man unter anderem durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überhaupt in die Lage versetzt würden, ihre Aufgabe entsprechend zu erfüllen.

Es gebe ferner die Möglichkeit, Ehrenamtliche im Versicherungsrecht abzusichern, in dem die Gebietskörperschaft, sprich die Bundesrepublik Deutschland, in diesem Fall vertreten durch das BMVg, die ausdrückliche Einwilligung zur Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten während der Dienstzeit erteile. Davon habe das Ministerium auch Gebrauch gemacht. Das habe Auswirkungen zum Beispiel im Unfallversicherungsrecht. In Fällen, in denen dies nicht möglich gewesen sei, habe sich die Bundeswehr dafür eingesetzt,



dass die Institution sich selbst vertraglich gegenüber dem BMVg verpflichtet habe, für Angehörige der Bundeswehr während der Zeit ihrer freiwilligen Tätigkeit, eine Kranken-, Unfall- und Haftpflichtversicherung abzuschließen. Das sei zum Beispiel beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. der Fall.

Um es zusammenzufassen: Das BMVg bediene sich personeller und infrastruktureller Unterstützungsmaßnahmen, unterstütze die Weiterbildung für Ehrenamtliche und versuche, die Sonderurlaubsverordnung entsprechend umzusetzen, die vor einigen Jahren dankenswerterweise auch wieder für ehrenamtliches Engagement erweitert worden sei. Man widme sich dem Versicherungsschutz während der ehrenamtlichen Tätigkeit und versuche so, das bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Bundeswehr zu fördern.

Man freue sich auch über die Möglichkeit, sich hier auszutauschen. Er habe mit Interesse die Statements der anderen Häuser gehört. Im Ministerium sei man auch sehr gespannt, was es mit der Engagementstiftung auf sich habe, die im Bereich des BMFSFJ angedacht sei, und stehe auch weiteren Möglichkeiten zur Förderung entsprechenden Engagements offen gegenüber.

Der **Vorsitzende** erteilt sodann Dirk Schwenzfeier (BMZ) das Wort.

Dirk Schwenzfeier (BMZ) führt aus, das BMZ habe eine ganze Palette zu bieten. Er werde nicht alles vortragen, das meiste liege den Mitgliedern des Unterausschusses schriftlich vor. Zwei Beispiele wolle er herausgreifen, die Grundlinien darlegen, und es dabei in seinem mündlichen Vortrag bewenden lassen.

Die schon erwähnten 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die Sustainable Development Goals, seien bekannt. Man spreche gerne vom Weltzukunftsvertrag, weil mit diesem Beschluss der Vereinten Nationen, mit dem Begriff „Weltzukunftsvertrag“ klar werde, worum es

gehe, nämlich um nichts anderes als um die Zukunft der Welt. Und diese 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen seien auch die Richtschnur des BMZ bei der Förderung all dessen, was im Bereich bürgerschaftliches Engagement seitens des Ministeriums gefördert werde. Deutschland habe sich auf die Erfüllung dieser Nachhaltigkeitsziele verpflichtet, die bis zum Jahr 2030 nach Möglichkeit zu erfüllen seien. Aber es sei völlig klar, das könne die Bundesregierung natürlich nicht alleine und das BMZ alleine erst recht nicht. Hier sei die gesamte Gesellschaft gefragt, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und natürlich die einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Das heiße, das Erreichen dieser Nachhaltigkeitsziele sei letztlich nur als gesamtgesellschaftliche Bewegung machbar. Genau an dieser Stelle greife die Engagementstrategie des BMZ. Es fördere bürgerschaftliches Engagement, das Verantwortung im Sinne der VN-Nachhaltigkeitsziele übernehme. Das sei die grundlegende inhaltliche Ausrichtung der Engagementstrategie des BMZ.

Welche Instrumente nutze man hierfür? Grundsätzlich sei man überzeugt, dass Bildung, insbesondere persönliche und praktische Erfahrung zu Engagement führen könne, mindestens aber eine unerlässliche Voraussetzung für sinnvolles Engagement sei, und zwar in jeder Lebensphase, nicht nur für Jugendliche, nicht nur für Studenten, nicht nur für Schüler, sondern auch in höherem Alter. Er komme gleich noch drauf zurück. Deshalb biete man für eine ganze Reihe von Zielgruppen sehr unterschiedliche Formate an. Einige Beispiele seien in den Unterlagen aufgeführt. Das fange mit dem Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik, dem Schüleraustauschprogramm oder den verschiedenen Entsendediensten für Studierende, für junge und auch für erfahrene Berufstätige an und erstrecke sich bis hin zum „Senior Expert Service“, einem Angebot für Seniorinnen und Senioren nach dem aktiven Erwerbsleben.

Ein Beispiel, wie das wirken könne, wolle er kurz vortragen. Das betreffe das Programm „weltwärts“, mit dem jungen Leuten zwischen 18 und



28 Jahren ein einjähriger Auslandsaufenthalt, bevorzugt in sozialen Einrichtungen, ermöglicht werde. Die Karl Kübel Stiftung habe vor wenigen Wochen im Rahmen ihres FAIRWANDLER-Preises, fünf Gewinnerinnen und Gewinner für deren freiwilliges Engagement im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung ausgezeichnet. Und von diesen fünf Gewinnerinnen und Gewinnern seien drei ehemalige weltwärts-Beteiligte gewesen. Das sei ein schönes Beispiel dafür, wie eine Teilnahme an den Programmen des BMZ unmittelbar in ein Engagement im Inland münden könne.

Das Ministerium stelle all den unterschiedlichen Akteuren mit ihren vielen sehr diversen Projektideen natürlich in erster Linie Beratung zur Verfügung, inhaltliche und konzeptionelle Beratung, fördere darüber hinaus aber auch finanziell und gegebenenfalls auch personell. Das heiße, man biete eine breite Palette von Programmen für Stiftungen, für Philanthropen, für Vereine und Initiativen der Bildungsarbeit, für Vereine und Initiativen mit internationalem Engagement, aber auch für Kommunen, für Landkreise und andere Gebietskörperschaften an. Letztere, die Kommunen, seien in unserem staatlichen System die bürgernaheste öffentliche Ebene. Ein Erfolgsfaktor für kommunale Entwicklungspolitik sei die enge Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren in einer Bürgerschaft. Das heiße, es werde genau aus diesem Grunde mit der Servicestelle für Kommunen genau diese Zusammenarbeit der Kommune mit der lokalen Zivilgesellschaft unterstützt. Als Scharnier zwischen dem BMZ, zwischen dem Bundesministerium und der Zivilgesellschaft habe man 2012 die gemeinnützige GmbH „Engagement Global“ mit Sitz in Bonn gegründet, die mittlerweile über rund 500 Mitarbeitende verfüge. Diese GmbH „Engagement Global“ erhalte vom BMZ in 2019 rund 400 Millionen Euro, um damit ziviles und kommunales entwicklungspolitisches Engagement unterstützen zu können. Ganz besonders wolle er hier, die Servicestelle bei „Engagement Global“ hervorheben, die sich „Mitmachtzentrale“ nenne. Sie sei spezifisch als One-Stop-Shop eingerichtet worden, als Ansprechmöglichkeit für Einzelpersonen aber auch

Organisationen zu sämtlichen Engagementmöglichkeiten, bis hin zu finanziellen Förderungen. Weiterhin wolle er besonders die Servicestelle für Kommunen hervorheben, die auch bei „Engagement Global“ ressortiere, die spezifisch Kommunen berate und dann auch Projekte finanziell und gegebenenfalls auch personell fördere, wenn sie sich entwicklungspolitisch engagieren wollten.

Kurz mit zwei Sätzen zusammengefasst, die Engagementstrategie des BMZ ziele darauf ab, durch einen persönlichen Bezug zum Thema nachhaltige Entwicklung, bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren, die Rahmenbedingungen so bürgernah, wie möglich zu gestalten, individuelle Beratung und finanzielle sowie gegebenenfalls personelle Förderung zu ermöglichen und es so Bürgerinnen und Bürgern besser zu ermöglichen, ihren Beitrag zur Erfüllung der Sustainable Development Goals im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung zu leisten.

Der **Vorsitzende** erklärt, er sei sehr beeindruckt, weil ihm diese breite Förderung in den unterschiedlichen Häusern bisher nicht bewusst gewesen sei. Was sich den Mitgliedern des Ausschusses hier offenbare, sei bestärkend und erfrischend. Er danke den Anhörspersonen für ihre Vorträge, aber noch mehr dafür, was die Ministerien im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements leisteten. Er frage sich, was die Abgeordneten noch tun könnten, um das Engagement der Ressorts für das Engagement zu optimieren, zu unterstützen und hier zu helfen. Vielleicht komme man im Verlauf der Anhörung, noch einmal auf bestimmte Punkte zu sprechen.

Er bittet sodann Abg. Dr. Karamba Diaby (SPD) die ersten Fragen zu stellen.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) dankt für die Vorträge und richtet die erste Frage an das auswärtigen Amt. Viele der Projekte seien ihm bekannt und er finde es sehr, sehr schön, dass die Gelegenheit gegeben werde, dass jüngere Leute diese Erfahrung machten. Seine Frage beziehe



sich darauf, inwieweit eine Vielfalt der Länder gegeben sei. Oder, gebe es Schwerpunktländer, in denen sich bestimmte Engagementprojekte in den letzten Jahren herausgebildet hätten? Und wenn das so sei, was werde getan, um das ein bisschen zu diversifizieren?

Die zweite Frage gehe an das Wirtschaftsministerium, an Frau Rothacher. Er begrüße den Wettbewerb in Ostdeutschland, weil sich zeige, dass das Engagement immer noch geringer sei als anderswo. Er frage: Wie werde gewährleistet, dass insbesondere ländliche Gebiete berücksichtigt würden? Sie habe das schon ein bisschen erwähnt, aber es hänge wahrscheinlich von den Kriterien ab, die aufgestellt würden. Das interessiere ihn.

Der **Vorsitzende** erteilt anschließend Abg. Svenja Stadler (SPD) das Wort.

Abg. **Svenja Stadler** (SPD) dankt herzlich für die Berichte aus den Ministerien. Sie sei ebenfalls sehr beeindruckt von dem, was in den einzelnen Ministerien statfinde. Ihre erste Frage richte sich an Herrn Schnell. Was das Verteidigungsministerium leiste, finde sie großartig. Das habe sie so nicht gedacht. Vor allen Dingen, was gerade in Bezug auf Haftung und Versicherung getan werde. Da habe man immer wieder das Problem, dass es mit der Bürokratie diese Schwierigkeiten gebe und entsprechende Fragen an den Ausschuss herangetragen würden.

Sie interessiere: Gebe es in irgendeiner Form eine Kontrolle, ob sich die Soldatinnen und Soldaten denn auch tatsächlich ehrenamtlich engagierten oder handle es sich um eine pauschale Regelung, jeder werde dann krankenversichert, jeder werde unfallversichert?

Darüber hinaus habe er das Bundeswehr-Sozialwerk angesprochen. Es handle sich um einen Verein. Habe der einen Hauptsitz? Könne man sich den einmal ansehen oder sich dort einmal informieren?

Eine weitere Frage stelle sie dem Auswärtigen Amt, Frau Fellner. Dem Unterausschuss kämen immer wieder Schwierigkeiten mit der Visa- vergabe zu Ohren. Gerade, wenn es um den Austausch in den Freiwilligendiensten gehe, sowohl im Bereich Incoming als auch beim Outgoing. Mache sie diese Erfahrung auch? Sei ihr das auch schon zu Ohren gekommen? Gebe es da Maßnahmen? Sie bitte darum, das ein bisschen zu beschreiben. Es sei schon ein Hemmnis, wenn man über Engagement im Ausland spreche oder von denjenigen, die nach Deutschland kämen.

Frau Becker vom BMG habe zu den Selbsthilfegruppen vorgetragen. Sie habe letzstens in der Bürgersprechstunde eine Herzsportgruppe zu Gast gehabt, die aber nur mit einem Arzt agieren dürfe. Jedoch stehe dafür jetzt kein Arzt mehr zur Verfügung. Es seien 20 Menschen, die von Ärzten in diese Sportgruppe geschickt würden, die jetzt aber nicht mehr Sport treiben könnten. Sei diese Schwierigkeit im Ministerium schon bekannt? Gebe es Ansätze, darüber nachzudenken, neben einem Arzt, vielleicht auch alternativ einem Sanitäter oder Rettungsdienstsanitäter die Begleitung einer solchen Sportgruppe zu gestatten? Gerade im ländlichen Raum gebe es hier erhebliche Schwierigkeiten.

Der **Vorsitzende** erteilt Abg. Brigitte Freihold (DIE LINKE.) das Wort.

Abg. **Brigitte Freihold** (DIE LINKE.) fragt Herrn Schwenzfeier vom BMZ. Im Zusammenhang mit dem weltwärts-Programm interessiere sie Folgendes: Es gebe hier immerhin eine beträchtliche Anzahl von Freiwilligen, die seit der Einführung des Programms ihre Süd- und Nord bzw. Nord- und Süd Freiwilligendienste, entweder aus persönlichen Gründen, zum Beispiel auch wegen einer nicht erfolgten Immatrikulation oder auch wegen äußerer Umstände, abgebrochen hätten. In diesem Zusammenhang würde sie gerne wissen, ob die Bundesregierung das irgendeiner Stelle entsprechend registriert habe. Versuche sie dieser Entwicklung zu begegnen? Seien entspre-



chende Hindernisse bei der Evaluation des Programms identifiziert worden? Wie könne man die beseitigen? Sei man dabei oder habe da schon entsprechend etwas unternommen?

Ferner wiesen der Jugendfreiwilligendienst und das weltwärts-Programm doch durchaus Ähnlichkeiten auf, obwohl sie unterschiedlich angesiedelt seien. Wie sei das Verhältnis dieser beiden Programme zueinander? Gebe es in dem Zusammenhang auch irgendwo eine Kooperation? Werde darauf hingearbeitet, dass es eine Zusammenarbeit geben könne?

Als nächstes wolle sie gern noch eine Frage an Frau Dr. Schack vom BMU stellen. Sie habe erwähnt, dass das BMU auch Projektförderung vor Ort mache und mit Initiativen zusammenarbeite. Gebe es auch eine Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen, wie beispielsweise Anti-Stromtrassen-Bürgerinitiativen, Lüchow-Dannenberg, da gehe es um das Endlager Gorleben oder auch die Bürgerinitiative Hambacher Forst? Wenn das Ministerium da irgendwelche Aktionen, Beteiligungen habe, inwieweit sei es so, dass da vielleicht auch Gelder zur Verfügung gestellt würden, zum Beispiel wenn es darum gehe, Forschungsvorhaben in dem Zusammenhang zu betreiben?

Der **Vorsitzende** erteilt Abg. **Sylvia Pantel** (CDU/CSU) das Wort.

Abg. **Sylvia Pantel** (CDU/CSU) dankt den Anhörpersonen ebenfalls und erklärt, der Unterschied zwischen internationalem Freiwilligendienst und dem kulturellen Aspekt interessiere sie auch und inwiefern es da Zusammenarbeiten gebe.

Darüber hinaus wolle sie wissen, inwiefern die Ministerien überhaupt zusammenarbeiteten. Über die Bandbreite der Aktivitäten sei der Unterausschuss erstaunt. Gebe es in irgendeiner Form eine Plattform, mittels derer sich Ministerien über den gesamten Bereich austauschten, damit man sich eventuell ergänzen könne? Denn all die Schwierigkeiten, die die Freiwilligen oder

die Ehrenamtlichen hätten, sei es im Gesundheitsbereich, was die Selbsthilfegruppen oder allgemein die Datenschutzgrundverordnung angehe, seien ja ähnlich. Man brauche das Rad ja nicht in jedem Ressort, neu zu erfinden, was die Versicherung oder die Bekanntgaben angehe. Inwiefern tauschten sie sich aus? Inwiefern arbeiteten sie zusammen, damit man Dopplungen vermeide und wie lernten die Ministerien voneinander?

Der **Vorsitzende** erteilt Abg. Dr. Anna Christmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Wort.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt für den spannenden Überblick. Es gebe ganz unterschiedliche Formen von Engagement in den jeweils unterschiedlichen Ressorts, deswegen vermute sie, gebe es da auch verschiedene Herausforderungen.

Sie wolle ein paar Dinge zusammenfassen. Ihre erste Frage beziehe sich auf all die Freiwilligendienste, die quasi an unterschiedlichen Stellen angeboten würden, „kulturweit“, „weltwärts“, das FÖJ. Bei allen Programmen interessiere sie, wie die Relation von Bewerbungen und Plätzen sei, die die Ministerien tatsächlich vergeben könnten? Gebe es immer deutlich mehr Bewerbungen als man Freiwillige nehmen könne? Das sei, was man meistens höre. Oder, könnten die Ressorts eigentlich auch gut noch mehr verteilen?

Insbesondere bei „weltwärts“ sei die Frage, warum es im Verhältnis eindeutig mehr Outgoing als Incoming gebe? Gebe es da Überlegungen, dass man durchaus auch eine größere Zahl Incoming-Plätze bereitstelle? Und auch bei „kulturweit“ stelle sich die Frage, ob man das eigentlich in beide Richtungen anbieten könne, weil es durchaus auch immer ein Mehrwert sei, Leute von außen nach Deutschland zu holen, um dann auch hier vor Ort zu lernen.



Die zweite Frage gehe an das Wirtschaftsministerium. Die Aktivitäten mit Blick auf das Engagement in Ostdeutschland seien ein ganz spannendes Projekt. Interessant finde sie da aber auch die Frage der Zusammenarbeit, weil es in der Engagementstiftung ja auch diesen Schwerpunkt Ostdeutschland geben solle. Sie frage sich, wie dann solche Projekte zueinander stünden, ob sich das ergänze, ob es da eine Zusammenführung geben werde oder ob das einfach nebeneinander existiere? So verstehe sie es erst einmal. Aber das wäre interessant, ob die Engagementstiftung nicht tatsächlich so ein bisschen das Dach sei, unter dem genau solche Projekte, wie Frau Rothacher es jetzt vorgestellt habe, stattfinden könnten.

Der Pflege- und Gesundheitsbereich habe eine besondere Anforderung, weil da natürlich auch zugleich Fachkräftemangel herrsche. Hier frage sie, wie seitens des Ministeriums damit umgegangen werde, dass vermutlich oft der Übergang vom Hauptamt zum Ehrenamt auch ein bisschen fließend sei. Also, wie gehe man damit um, dass vielleicht auch in Bereichen, in denen es einen Fachkräftemangel gebe und man eigentlich auch mehr hauptamtliche Kräfte brauchen könnte, dass da dann viel von Ehrenamtlichen getragen werde? Sei das eine Frage, mit der man sich auch vom Ministerium aus beschäftige?

Bei der Bundeswehr habe es sie überrascht, dass es dort einen Ehrenamtsbeauftragten gebe, der - so wie sie es verstanden habe - der Sachverständige, Herr Schnell, selbst sei. Das sei sehr spannend, aber auch noch einmal ein ganz anderer Ansatz, wenn man sage, das BMVg habe so viele Leute, die dort in unterschiedlichster Funktion arbeiteten, das das Ministerium versuche, das Engagement seiner Mitarbeiter quasi zu heben. So habe sie es verstanden. Das sei ja eigentlich etwas, das man von sich aus nicht unbedingt tun müsste. Das sei erst einmal ganz beeindruckend und sie frage sich, wo das eigentlich in anderen Ressorts auch denkbar wäre, dass man schaue, wo eigentlich die Potenziale seien, dass man die eigenen Bereiche, das Engagement der eigenen

Mitarbeiter quasi motiviere? Das sei eine ganz interessante Herangehensweise.

Der **Vorsitzende** erklärt, er sei in der Fragerunde nicht nach der Reihenfolge der Wortmeldungen vorgegangen, sondern habe erst einmal jeder Fraktion Gelegenheit geben wollen, Fragen zu stellen. Es werde sich jedoch eine zweite Fragerunde anschließen. Er erteilt Abg. Nicole Höchst (AfD) das Wort.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD) führt aus, sie habe noch drei Fragen, die über das bisher Gefragte ein wenig hinausgingen. Sie frage alle Anhörerpersonen, ob und welche Erfahrungen sie mit dem Heben von Potenzialen in Bezug auf bürgerliches Engagement, das in Teilzeit ausgeübt werde, hätten. Darüber debattiere man morgen im Plenum. Sie finde es ganz interessant, wenn man die Personen, die in den verschiedenen Ministerien für Freiwilligendienste zuständig seien, frage, ob das dazu beitrage, dem Rückgang von Interessenten vielleicht ein wenig entgegenzuwirken.

Ihre zweite Frage sei, wie die Ministerien zu der Initiative stünden, die Bundesfreiwilligendienste für Seniorinnen und Senioren attraktiver zu machen. Ihrer Meinung nach gebe es da das große Problem, wie man Seniorinnen und Senioren, die es sich leisten könnten, mehr Anreize bieten könne, in Freiwilligendienste hineinzugehen. Sie interessiere, ob es dazu in den einzelnen Häusern Konzepte gebe. Die Seniorinnen und Senioren, die sich das nicht leisten könnten, weil sie zusätzlich zu ihrer kargen Rente noch Jobs annehmen müssten, fielen wahrscheinlich sowieso durch das Zielgruppenraster.

Abschließend berichtet sie, sie habe neulich Besuch von Vertretern der Ahmadiyya gehabt, die ein Frauenhaus in Frankfurt betrieben, und die eben auch sehr engagiert besprochen hätten, dass sie ganz viele Ehrenamtliche hätten, die sich in verschiedenen Bereichen engagierten, zum Beispiel zur Gleichstellung von Frauen, dass hier in Deutschland Frauen gleichberechtigt seien. Sie betrieben das wohl auch sehr nachhaltig. Und



deswegen die Frage: Gebe es in den Ministerien Erfahrungen in Zusammenarbeit mit religiösen Gruppen, auch mit den Amtskirchen, aber eben auch mit Ahmadiyya oder anderen islamischen Verbänden, weil diese ja in ihren Segmenten auch Ehrenamtler stellen?

Der **Vorsitzende** erteilt zum Abschluss der ersten Fragerunde Abg. Grigorios Aggelidis (FDP) das Wort.

Abg. **Grigorios Aggelidis** (FDP) dankt den Anhörpersonen für die Vorstellung ihrer Aktivitäten und die vielen interessanten Einblicke. Er wolle noch ergänzende Fragen stellen.

Seitens des BMWi sei ganz bewusst angesprochen worden, dass viele der Programme bzw. Förderungen, die es gebe, ein Stück weit an den kleinen Gruppen vorbei gingen bzw. dass kleine Gruppen, das Thema Bürokratie abschrecke. Er schließe sich hier der Frage der Abg. Pantel an, nämlich, ob es dazu Ansätze entweder vom BMWi oder auch gegebenenfalls zusammen mit anderen Häusern gebe, zu überlegen, wie man grundsätzlich diese Bürokratie in einem gemeinsamen Prozess ausdünnen könne.

Die zweite Frage: Bei allem Engagement und bei allen tollen Ideen, die das Ministerium auch habe, z. B. mit Blick auf den erwähnten Wettbewerb, so sei er doch insofern ein wenig überrascht gewesen, als ihm hier die Fantasie fehle, um den Zusammenhang zur Wirtschaft herzustellen, aber vielleicht könne Frau Rothacher da weiterhelfen.

Zum Thema Pflege frage er die Vertreterin des Gesundheitsministeriums. Er wisse aus Projekten und aus vielen Initiativen in seiner Region, die sich in dem Bereich Soziales und Pflege engagierten, dass sie immer wieder über das Thema Befristung klagten. Wenn die zwei Jahre bzw. allgemein die Fristen dann abgelaufen seien, müsste man sich etwas Neues einfallen lassen. Denn auch, wenn etwas richtig gut gewesen sei,

sei das dann alt und damit quasi nicht mehr gut. Er frage, welche Erfahrungen das Ministerium damit habe und wie man im Endeffekt dann vielleicht auch dort durch eine schlaunere Gesetzgebung die Initiativen fördern könne?

Der **Vorsitzende** schließt die erste Fragerunde und stellt fest, dass es auch schon für die zweite Fragerunde Wortmeldungen gebe. Er bittet die Anhörpersonen, zu versuchen, die bisherigen Fragen kurz und knapp zu beantworten, um die verbleibende Zeit noch für eine weitere Fragerunde nutzen zu können.

Anschließend bittet er Maria Becker (BMG), mit der Beantwortung der Fragen zu beginnen.

Maria Becker (BMG) die Antwort zur ersten Frage von Frau Stadler nach der Herzsportgruppe und dem fehlenden Arzt wolle sie gerne nachreichen, weil das relativ speziell sei und sie zuvor gern noch ein paar Nachfragen klären wolle.

Zur Frage von Frau Dr. Christmann nach dem Pflege- und Fachkräftemangel habe sie schon darauf hingewiesen, dass gerade mit den Regelungen zum Pflegepersonal-Stärkungsgesetz Verbesserungen zur Förderung der Selbsthilfe geschaffen worden seien, ohne dass man sich da bei den Pflegefachkräften entlaste. Es gehe nicht darum, dass eine gegen das andere auszuspielen, sondern eben auch bewusst das Ehrenamt zu stärken. Der Fachkräftemangel sei nach wie vor ein Thema, das gegenwärtig auch in dieser Konzentrierten Aktion Pflege noch weiter diskutiert und bearbeitet werde. Dabei spiele die Schnittstelle zum Ehrenamt auch noch einmal eine Rolle.

Zur Frage nach der sogenannten „Projektitis“, also dass sich die gesundheitlichen Selbsthilfeverbände zu sehr mit Projekten befassen müssten bzw. sich für Projekte bewerben müssten. Das habe man ja gerade heute mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz versucht, abzumildern, indem man zum Beispiel in der von den



Krankenkassen geförderten gesundheitlichen Selbsthilfe den Anteil der Projektförderung zugunsten der Basisfinanzierung verändere. Das betreffe zum Beispiel Selbsthilfevereinigungen wie die Alzheimer-Gesellschaft oder Behindertenverbände oder auch kleinere Vereinigungen wie die Stotterer, die nunmehr stärker in ihren Strukturen gefördert würden und weniger projektbezogen. Das sei ein Versuch, da Abhilfe zu schaffen.

Der **Vorsitzende** erteilt Irmgard Maria Fellner (Auswärtiges Amt) das Wort.

Irmgard Maria Fellner (Auswärtiges Amt) beantwortet zuerst die Frage des Herrn Abg. Dr. Diaby zu den Ländern für die Programme „kulturweit“ und „naturweit“. Die Orte in den schon erwähnten 70 Ländern, an denen sich die jungen Menschen engagieren könnten, seien natürlich ausgewählt und geprüft. Man schicke die Freiwilligen nicht irgendwohin. Es werde sehr eng mit der Deutschen UNESCO-Kommission zusammengearbeitet, bei der es ein separates Büro für die Projekte „kulturweit“ und „naturweit“ gebe. Die Wahl der jungen Menschen, die natürlich von den Projektmitarbeitern beraten würden, falle natürlich auch auf Länder und Projekte, die zu ihren Interessen passten. Wenn sich jemand eher für Bildungsarbeit interessiere, dann gehe er an eine Schule im Ausland. Es gebe natürlich auch die Rückmeldungen der Alumni, die in den vergangenen Jahren im Ausland gearbeitet haben, die dann natürlich auch gewisse Trends oder Moden bewirkten, weil sich die jungen Menschen natürlich auch auf den Webseiten informierten. Es gebe ein sehr starkes Interesse an Lateinamerika.

Sie komme nun zu einem Punkt, der ihr sehr wichtig sei. Natürlich habe das Auswärtige Amt auch eine große Verantwortung für die jungen Menschen, die es entsende. Das heiße, wenn Sicherheitsprobleme entstehen könnten, dann müsse man natürlich auch darauf achten, dass sich vielleicht gewisse Länder in manchen Jahren nicht so sehr eignen und dann nehme man diese heraus oder rate davon ab. Hier würden

aber die jungen Menschen auch an die Hand genommen und in jedem Fall registrierten sie sich bei den deutschen Auslandsvertretungen, den Botschaften und Konsulaten, wenn sie angekommen seien, damit sie dann im Ernstfall natürlich auch unter die Fittiche genommen werden können.

Sie wolle gern noch etwas dazu sagen, wie sich die Programme, z. B. „kulturweit“ mit den anderen Programmen ergänzten, bezüglich der Frage von Frau Abg. Pantel, ob man überhaupt zusammenarbeite. Ja, man ergänze sich und stehe nicht in Konkurrenz zueinander. Und, natürlich gebe es immer mehr Bewerber als man Plätze habe. Das sei zum einen eine Budgetfrage, aber auch eine Frage, dass man kein overstretching der Programme betreiben könne und sich manche Bewerber vielleicht auch gar nicht eignen, weil sie gewisse Fähigkeiten nicht hätten oder noch zu jung seien. Da müsse man natürlich auch eine Auswahl treffen. Sie glaube, insbesondere mit den Kolleginnen und Kollegen vom BMZ habe man da einen guten Modus gefunden, dass die Kulturprogramme und die sozialen Programme gemeinsam die gesamte Breite der gesellschaftlichen Arbeit abdeckten und man so im Ausland in vielen verschiedenen Bereichen tätig sei.

Das Thema Visum, sei natürlich auch ein Punkt, bei dem die Jugendlichen gecoachert würden, wenn sie ein Visum betragen müssten. Damit lasse man sie natürlich nicht alleine, sondern sage ihnen, wohin sie sich wenden müssten. Deutschland sei ja in der glücklichen Lage, dass es eines der Länder sei, dessen Bürgerinnen und Bürger für relativ wenige Länder ein Visum brauchten. Manchmal sei es auch gar nicht erforderlich.

Hinsichtlich der Frage: „Wie ist es mit den jungen Menschen oder Engagierten die nach Deutschland kommen wollten?“, seien natürlich die Programme „kulturweit“ und „naturweit“ zunächst einmal nicht dafür ausgerichtet, Menschen aus dem Ausland zu empfangen. Darüber müsste man diskutieren, ob das machbar sei oder



wie man das bewerkstelligen könne. Das heiße, da gebe es dann keine Visumsprobleme. Es gebe aber natürlich eine sehr große Nachfrage bei den deutschen Auslandsvertretungen, aus anderen Gründen ein Visum für Deutschland zu bekommen, die sie hier nicht erläutern könne oder brauche. Darunter fielen natürlich auch Menschen, die eben für Kultur und bürgerschaftliche Projekte nach Deutschland reisen wollten. Da habe man natürlich das Problem erkannt. In den letzten Jahren habe das Auswärtige Amt auch immer wieder die Visastellen im Ausland aufgestockt. Nichtsdestotrotz sei man sich bewusst, dass natürlich dort auch Wartezeiten zu erwarten seien. Natürlich müsse man unter Beachtung von Gleichheitsgrundstzen die Reihenfolge der Antragsstellung berücksichtigen, und sei da natürlich dabei, auch an dieser Frage zu arbeiten, um das zufriedenstellend zu bewerkstelligen.

Das Thema Senioren für Freiwilligendienste: Bislang sei das für junge Menschen gedacht. Im Auswärtigen Amt binde man im Ruhestand befindliche Kolleginnen und Kollegen ein, die man dann im Notfall mobilisieren könne, die sich dann im Rahmen ihrer Tätigkeit auch ehrenamtlich engagieren könnten. Aber das sei vielleicht auch nicht unbedingt die Stoßrichtung der Frage gewesen. Sollte es dazu noch Nachfragen geben, bitte sie darum, sie hinterher gern noch einmal anzusprechen, dann werde sie es schriftlich nachreichen.

Der **Vorsitzende** erteilt Dagmar Rothacher (BMWi) das Wort.

Dagmar Rothacher (BMWi) bezieht sich auf die Frage von Herrn Abg. Dr. Diaby, den interessiere, wie das BMWi garantiere, dass der Wettbewerb auch dort ankomme, wo man ihn haben wolle, nämlich in den ländlichen Regionen. Man plane eine Orts- oder Größenbegrenzung festzusetzen, maximal 100.000 Einwohner. Man versuche, das so bürgernah wie möglich, in die Teilnahmebedingungen hinein zu formulieren. Da sei man noch in der Abstimmung, damit für jeden leicht erkennbar sei, ob er sich bewerben dürfe oder

nicht. Man wolle einfach vermeiden, dass alles aus Leipzig oder Dresden oder eben aus großen Gemeinden komme.

Frau Abg. Dr. Christmann habe gefragt, wie die Zusammenarbeit laufe, insbesondere hinsichtlich der Engagementstiftung. Es handle sich ja jetzt um einen Wettbewerb. Das sei von der Struktur her schon etwas anderes. Insoweit sei eine Zusammenarbeit bei diesem Wettbewerb nicht gegeben, weil es ein einmaliges Projekt sei. Man starte so niedrigschwellig wie möglich, weil es der Versuch sei, für Engagement erstmalig zu motivieren. Verfolge man eine Engagementstrategie, die auch dauerhaft wirken solle, auch im Rahmen einer möglichen Förderung über mehrere Jahre hinweg, sehe das Verfahren ganz anders aus. Bei dem Wettbewerb gehe es darum, in den Regionen einen niedrigschwelligen Impuls zu setzen. Man schaue, ob es funktioniere.

Sofern Frau Abg. Höchst nach dem Potenzial gefragt habe, hinsichtlich des Engagements den Anteil der Teilzeit zu erhöhen, so spiele das beim BMWi keine besondere Rolle. Hier dürfe sich im Prinzip jede/r bewerben. Es hänge wahrscheinlich auch von dem persönlichen Zeitbudget ab, wie weit man bereit und in der Lage sei, sich hier zu engagieren.

Der Brokratieanfall für Engagement sei von Herrn Abg. Aggelidis angesprochen worden. In der Tat, der Wettbewerb habe die gute Chance, dass man da sehr niedrigschwellig herangehen könne. In dem Moment, in dem man einen Förderantrag stelle, seien sofort haushalterische Voraussetzungen zu berücksichtigen, die automatisch einen Bürokratieaufwand auslösten. Bei so einem Wettbewerb gebe es andere Bedingungen. Deswegen könne man das nicht unbedingt vergleichen. Was man in anderen Fällen, in denen etwas mit Fördermöglichkeiten ausgeschrieben worden sei, schon gemacht habe, sei, dass man dann einen Coach mit vorgesehen habe, der auch eine Beratungsaufgabe übernehme, wie man das mit dem Antrag und ähnliches mache. Das wäre zum Beispiel ein Weg, den man wählen könnte.



Die letzte Frage nach dem Zusammenhang zum Wirtschaftsministerium. Da habe Herr Abg. Aggelidis schlicht Recht. Es sei vielleicht ein bisschen untergegangen, man sei der „Arbeitsstab Neue Bundesländer“ beim Ostbeauftragten. Das heiÙe, man fokussiere darauf, was der Ostbeauftragte in seiner Aufgabenstellung habe. Dazu gehörten zum Beispiel gesellschaftspolitische Aufgaben. Aber die Verwunderung, die Abg. Aggelidis gezeigt habe, finde man auch im eigenen Ministerium häufig.

Der **Vorsitzende** erteilt anschließend Dr. Korinna Schack (BMU) das Wort.

Dr. Korinna Schack (BMU) antwortet auf die Frage der Abg. Freihold, sie finde die vielen Initiativen, die es vor Ort gebe, sehr interessant. Das BMU habe jedoch nicht die Möglichkeit, Initiativen vor Ort finanziell zu fördern. Man könne nur auf Bundesebene fördern oder Modellprojekte mit bundesweiter Ausstrahlung. Sie habe eben bereits angedeutet, dass man an der Vernetzung von Nachhaltigkeitsinitiativen vor Ort interessiert sei. Da könnten sich die von Frau Abg. Freihold genannten Initiativen auch treffen. Es gebe einen jährlichen Netzwerkkongress von Nachhaltigkeitsinitiativen. Sie nehme auch an, dass Leute aus dem Bereich auch dabei seien. Sie denke, es gebe auch Gespräche mit den Initiativen, könne es jetzt aber nicht sagen. Da werde sie noch einmal nachhören, was es da an Gesprächen gegeben habe. Auf jeden Fall sei der Austausch mit diesen Initiativen für das BMU auch immer von großem Interesse.

Abg. Dr. Christmann habe nach dem FÖJ und den Teilnehmerzahlen gefragt. Die könne sie ad hoc nicht nennen. Das FÖJ werde ja auch vom BMFSFJ ausgerichtet. Aber da frage sie gerne noch einmal nach, auch zur Frage, ob es genügend Plätze gebe. Die Umweltverbände hätten teilweise auch sehr spezielle Anforderungen an die Freiwilligen. Sie müsse sich da noch einmal nach dem aktuellen Stand erkundigen.

Zu den Freiwilligendiensten nach denen Frau Abg. Höchst gefragt habe, könne sie jetzt auch nichts Genaues sagen, weil für das FÖJ das BMFSFJ zuständig sei.

Die Zusammenarbeit mit religiösen Gruppen sei für das BMU ein großes Thema, Stichwort Bewahrung der Schöpfung. Da auch interkulturell zusammenzuarbeiten, die Zusammenarbeit und den Dialog zu fördern, sei für das Ministerium ein wichtiges Anliegen. Es habe auch immer wieder, auch im Rahmen der Verbändeförderung, Projekte gegeben, zum Beispiel mit der Türkischen Gemeinde, die dann auch noch einmal nach dem Umweltbewusstsein von türkischen Migrantinnen gefragt hätte. Da sei man aktiv und es sei ihnen auch wichtig.

Der **Vorsitzende** bittet Eric Schnell (BMVg), die gestellten Fragen zu beantworten.

Eric Schnell (BMVg) dankt Frau Abg. Stadler, für das freundliche Statement gleich zu Beginn. Das tue in diesen Tagen der Bundeswehr auch gut.

Sie habe nach dem Thema Versicherungsschutz gefragt und danach, ob sozusagen ein Controlling stattfinde, welche Mitarbeiter unter diesen Versicherungsschutz fielen. In Teilen gebe es dieses Controlling in dem Sinne bestimmt. Beim Bundeswehr-Sozialwerk könne er es zum Beispiel sagen. Er habe gerade in den letzten Tagen den Bundeszuschuss dafür berechnet. Da würden die einzelnen Maßnahmen eingereicht, die im Rahmen dieses Bundeszuschusses förderungsfähig seien. Jede einzelne dieser Maßnahmen werde dann sozusagen abgerechnet. Im Rahmen dieser Abrechnung werde dann auch erfasst, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesen Maßnahmen teilgenommen hätten und daran zum Beispiel mit Sonderurlaub beteiligt waren. Dann sei das allerdings natürlich meistens im negativen Fall relevant, wenn eben etwas passiere, ein Unfall, wenn Sachschäden entstünden oder ähnliches. Er vermute, dass eine flächendeckende Erfassung im Moment nicht stattfinde. Dem müsse er noch einmal nachgehen, wie das im



Einzelnen sei. Er habe auch nur einen Teil vorge-
tragen. Man habe ja ganz viele verschiedene Ini-
tiativen, nicht nur Vereine, auch Stiftungen etc.
Er müsse erheben, wie das nachgehalten werde
und könne es gern nachliefern.

Das Bundeswehr-Sozialwerk habe einen Haupt-
sitz in Bonn. Es gebe eine Geschäftsstelle in der
Ollenhauer Straße. Das sei eine ehemalige Lie-
genschaft der Bundeswehr. Der Bundesvorsit-
zende sei jetzt Matthias Leckel, ehemaliger Präsi-
dent des Bundesamtes für Infrastruktur, Umwelt-
schutz und Dienstleistungen der Bundeswehr. Er
habe das Amt im November letzten Jahres von
Peter Niepenberg übernommen. Dort freue man
sich bestimmt über jeden Besuch oder wenn In-
teresse bestehe, könne er das auch gerne weiter-
geben. Er sei dienstlich bestellter Beisitzer im
Bundesvorstand des Bundeswehr-Sozialwerks
zusammen mit einem Kameraden aus der Abtei-
lung Führung Streitkräfte, einem Referatsleiter
dort. Der Bundesvorstand oder Mitglieder des
Bundesvorstandes seien auch regelmäßig hier in
Berlin unterwegs, auch hier im Bundestag. Wenn
ein Gesprächswunsch bestehe, könne er das
gerne dorthin weitergeben.

Den größten bürgerschaftlichen Dienst habe er in
dem Sinne gar nicht erwähnt, das sei natürlich
der freiwillige Wehrdienst. Subsummiere man
diesen auch unter bürgerschaftlichem Engage-
ment, dürfe man den nicht vergessen, wo tau-
sende von Männern und Frauen jedes Jahr Wehr-
dienst in den Streitkräften leisteten. Das wolle er
der Vollständigkeit halber erwähnen.

Abg. Dr. Christmann bestätigt er, dass er die
Funktion des Ehrenamtsbeauftragten innehave.
Man habe als Ressort natürlich hier dem Koaliti-
onsvertrag Rechnung tragen wollen, in dem die
Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
betont worden sei, und man dann auch gegen-
über dem Bundesinnenministerium bzw. gegen-
über dem Familienministerium sozusagen einen
Beauftragten geschaffen habe, um das ein biss-
chen zu bündeln. Er habe versucht, die Maßnah-

men und Organisationen, die vom BMVg unter-
stützt würden, tabellarisch zu erfassen und
müsse ehrlich zugeben, dass er bis heute nicht
fertig geworden sei. Er hätte es heute gerne mitge-
bracht, aber es sei wirklich sehr viel, es sei auch
ganz unterschiedlich. Er habe versucht, diese
Bandbreite auch ein wenig darzustellen, was in
dem Bereich der Bundeswehr geleistet werde.
Das sei sicherlich auch eine Aufgabe, das so wei-
ter zusammenzufassen und zu strukturieren.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN) fragt, wann das Amt geschaffen wor-
den sei und ob er der erste Ehrenamtsbeauftragte
sei.

Eric Schnell (BMVg) antwortet, er sei seit Mai
letzten Jahres Ehrenamtsbeauftragter und sei, sei-
nem Wissen nach, auch der erste. Die Frage sei
auch, ob das in der Personalabteilung richtig ver-
ortet sei. Er leite ein Referat für soziale Grund-
satzangelegenheiten und sei zum Beispiel auch
für das Sozialwerk und für den Sozialdienst der
Bundeswehr zuständig. Letzterer habe in diesem
Zusammenhang auch eine Erwähnung verdient.
Die Mitarbeiter des Sozialdienstes arbeiteten al-
lerdings hauptamtlich. Der Sozialdienst leiste
Sozialberatung und Sozialarbeit in der Bundes-
wehr. Als Referatsleiter sei er ferner zuständig
für die Wohnungsfürsorge in der Bundeswehr
und verschiedene andere Dinge. Bei ihm sei das
Amt des Ehrenamtsbeauftragten erst einmal orga-
nisorisch angegliedert worden. Man werde se-
hen, ob sich das bewähre oder ob gegebenenfalls
eine andere Abteilung noch eher in den Fokus
rücke.

Frau Abg. Höchst habe danach gefragt, Bundes-
freiwilligendienste auch für Senioren attraktiver
zu machen. Für das BMVg würde er es mit Blick
auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus
dem Dienst ausgeschieden seien und sich dann
weiter engagieren wollten, verstehen. Hier habe
man zum Beispiel bei den Reservisten einen ent-
sprechenden Ansatzpunkt. Viele, die aus dem
aktiven Dienst ausscheiden würden, engagierten
sich weiter als Reservisten in der Bundeswehr



und würden dann mehr oder weniger regelmäßig zu Reservdienstleistungen eingezogen. Soweit er wisse, habe man sich in dem neuen Reservistenkonzept auf die Fahne geschrieben, auch diesen Anteil noch zu steigern, der dann für die Streitkräfte auch weiterhin zur Verfügung stehe. In der Bundeswehr gebe es bei den Soldatinnen und Soldaten verschiedene Zuruhesetzungszeiten. Sie würden gewissermaßen gestaffelt aus dem Dienst ausscheiden und engagierten sich in vielen Feldern für die Streitkräfte weiter.

Weiterhin sei nach der Zusammenarbeit mit religiösen Gruppen, auch mit den Kirchen, gefragt worden. Man habe den Militärseelsorgevertrag mit der evangelischen Kirche und greife im Hinblick auf die katholische Kirche auf das Konkordat zurück, das mit der katholischen Kirche schon vor sehr langer Zeit geschlossen worden sei. Hier finde auch ehrenamtliches Engagement in Zusammenarbeit mit den Kirchen statt.

Der **Vorsitzende** dankt Eric Schnell (BMVg) und erteilt Dirk Schwenzfeier (BMZ) das Wort.

Dirk Schwenzfeier (BMZ) führt aus, er hoffe, er habe es richtig verstanden, dass Frau Abg. Freihold nach einer Erfassung der Abbrecher von weltwärts-Entsendungen und nach einer Erfassung der Gründe gefragt habe. „Weltwärts“, also die Outgoing-Komponente bzw. die Nord-Süd-Komponente, werde über Entsendeorganisationen durchgeführt. „Weltwärts“ sei ein Gemeinschaftswerk von BMZ und Zivilgesellschaft. Zurzeit gebe es etwas mehr als 170 Entsendeorganisationen, die die einzelnen Entsendungen im Auftrag des BMZ organisierten. Ob bei diesen Entsendeorganisationen respektive bei „Engagement Global“ Abbrecherzahlen konkret erfasst würden, könne er spontan nicht sagen. Er könne es gerne nachliefern; natürlich auch zur Frage, ob und welche Maßnahmen ggf. zu ergreifen seien oder ergriffen würden.

Das Beispiel „weltwärts“ mache auch sehr schön die völlig reibungslose Zusammenarbeit zwi-

schen den Bundesressorts deutlich, denn die Incoming-Komponente, also die Süd-Nord-Komponente von „weltwärts“, die es seit 2013 gebe und die damit noch relativ jungen Datums sei, laufe auch über entsprechende Organisationen, werde aber im Inland durch das BMFSFJ, durch den Bundesfreiwilligendienst abgewickelt und das völlig reibungslos.

Es sei auch nach den Zahlen der Incoming-Variante gefragt worden. Das Programm „weltwärts“ sei 2008 ins Leben gerufen worden, die Süd-Nord-Komponente wie gesagt 2013. Aus Gründen der Kapazitäten im Inland, weltwärts-Reisende Incoming unterzubringen, seien es seit 2013 etwas über 2.000 Aufnahmen gewesen. Da sei also noch Luft nach oben. Das habe administrative Gründe im Inland. Es sei nicht so einfach, alles sauber, inklusive des Visums mit allem was dazugehöre, zu administrieren. Man stehe mit dem BMFSFJ sehr eng im Kontakt, um die Zahlen ausweiten zu können. Aber wie gesagt, das sei ein sehr schönes Beispiel, wie zwei Häuser mit zwei Programmen hier ineinander griffen.

Im Übrigen laufe eigentlich all das, was hier an Programmen, an Initiativen, und an Organisationen vorgetragen worden sei, nicht im luftleeren Raum, sondern in der Regel gebe es Begleitkreise, in denen mindestens die Ressorts vertreten seien, häufig aber auch Vertreter der Zivilgesellschaft oder sogar aus der Wissenschaft und anderen Bereichen, so dass ein doch sehr großes Maß an Koordinierung automatisch damit verbunden sei. Ihm sei es bisher jedenfalls noch nicht passiert, dass man sich irgendwo einmal Konkurrenz gemacht habe. Man bespreche alles so, dass man sich eben keine Konkurrenz mache, sondern sich die Dinge in der Regel sehr gut ergänzten.

Was Senioren anbetreffe, verfüge auch das BMZ, in diesem Fall in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, über einen Seniorenservice, nämlich den Senior Experten Service (SES), den es schon seit Jahrzehnten gebe. Er sei in den Siebziger Jahren gegründet worden, mit großem Erfolg und



mit großer Nachfrage aus dem Ausland. Man habe diesen Senior Experten Service im vergangenen Jahr mit einem neuen Programm ergänzt, das sich speziell an Berufstätige richte, die noch in der aktiven Zeit seien. Denn es sei vorstellbar, dass jemand im Alter von 35 oder 38 Jahren sage: „Jetzt habe ich 10 Jahre Berufsleben hinter mir. Ich will auch mal was anderes sehen. Ich brauche eine Auszeit, aber die will ich nicht zu Hause auf der Couch verbringen.“ Der- oder diejenige könne sich jetzt beim „Weltexpertenservice“, wie man es nenne, bewerben und dann für eine gewisse Zeit, drei Monate, ein halbes Jahr oder auch länger, ins Ausland gehen und dort mit Rat und Tat mit seinem Knowhow zur Verfügung stehen. Dieser Service sei erst im vergangenen Jahr ins Leben gerufen worden. Bis dato habe man etwas über 100, er glaube, 124, 123 Teilnehmende an diesem neuen Weltexpertenservice.

Das Stichwort Kirchen sei mehrfach gefallen. Das BMZ habe in den letzten Jahren seine Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften allgemein sehr stark forciert und insbesondere im internationalen Bereich die Initiative ergriffen, Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften für die Erreichung der Sustainable Development Goals mit einzubeziehen. Der Hintergrund sei ganz simpel. Wo das BMZ hinkomme, sei Religion, seien Kirchen im Zweifelsfall seit tausenden von Jahren da. Wer das nicht berücksichtige, der gehe an einem gewaltigen Stück der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorbei und dann sei das Scheitern eigentlich schon fast programmiert. Das heiße, die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften, wenigstens die Berücksichtigung von deren gesellschaftlicher Relevanz, sei schlicht notwendig. Zum Zweiten könnten Religionsgemeinschaften natürlich auch sehr viele Beiträge bei der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen leisten. Das sei ein Potenzial, welches man mit den internationalen Initiativen zu wecken versuche und natürlich auch die in Deutschland in Kirchen und Religionsgemeinschaft engagierten Bürgerinnen und Bürgern noch einmal zusätzlich anzusprechen.

Der **Vorsitzende** erklärt, Irmgard Maria Fellner (Auswärtiges Amt) erhalte die Gelegenheit für einen Nachtrag, bevor die zweite Fragerunde eröffnet werde.

Irmgard Maria Fellner (Auswärtiges Amt) dankt dem Vorsitzenden und erläutert, sie wolle noch etwas ergänzen, da sie auf die Frage nach den Religionen nicht geantwortet habe. Sie nehme im Grunde dem Kollegen aus dem BMZ das Wort aus dem Mund. Auch hier ergänze man sich. Das Auswärtige Amt habe seit dem letzten Sommer aus dem Arbeitsstab „Friedensverantwortung der Religionen“ ein vollwertiges Referat gemacht, das sich auch um die Rolle der Religionen bei der Sicherung in Konflikten und bei der Friedensschaffung bemühe. Unter anderem bereite man hier für Ende August eine große Konferenz in Deutschland vor.

Der **Vorsitzende** eröffnet sodann die zweite Fragerunde und bittet Abg. Katharina Landgraf (CDU/CSU) um ihre Fragen.

Abg. **Katharina Landgraf** (CDU/CSU) dankt den Anhörpersonen und berichtet, sie sei stellvertretend hier und sehr froh, dass sie heute hier sein könne, weil es so viel Neues gebe.

Sie wolle eher einen Anstoß geben, als eine Frage zu stellen. Bei den Städtepartnerschaften, so kenne sie es aus dem Osten der Republik und aus kleineren Orten, seien die Leute unheimlich engagiert, die das wollten. Hier wünsche sie sich, dass es da vielleicht auch aus dem Auswärtigen Amt, noch ein bisschen Unterstützung gebe, denn so könne man wirklich auch Europa leben. Sie empfinde es als sehr wichtig, wenn man das weiter machen könne.

Zum Programm „Engagiert in Ostdeutschland“: Sie sei erstaunt und habe auch noch nie etwas davon gehört. Sie finde schon, dass man die Abwanderung der Generation aus den Neunziger Jahren beachten müsse, die fehle einfach. Es gebe viel mehr Ältere als in anderen Regionen



Deutschlands. Das müsse man einfach mitbedenken. Sie merke auch immer wieder, dass die Strukturen noch nicht so gut funktionierten, wie in den alten Bundesländern, dass eben die Älteren, die keine Enkel vor Ort hätten, die eigentlich Zeit hätten, nicht wüssten, wie sie sich einbinden ließen. Da müsse man als Politik und Staat –und hier fühle sie sich auch verpflichtet– Anstöße geben. Sie wisse nicht, ob es mit dem Wettbewerb gelinge, aber vielleicht gebe es auch noch andere Möglichkeiten, solche Ideen, wie Menschen zusammenzubringen, die Zeit hätten und andere, die sie bräuchten, umzusetzen. Es gebe auch andere Initiativen, Freiwilligenagenturen durch das Familienministerium, aber, es könnte noch mehr sein, vor allen Dingen auf dem Land.

Zum Schluss wolle sie noch beim BMG nachfragen, Frau Becker. Hinsichtlich des Präventionsgesetzes schwebte ihr immer vor, die Menschen müssten eigentlich gesünder essen, sich gesünder ernähren, dann würde man manches vermeiden. Könne man nicht auch Ehrenamt und gesundes Essen verknüpfen? Sie denke auch daran, dass man wieder anfangen, selber zu kochen und regionale Produkte zu kennen. Es gebe verschiedene kleine Initiativen, aber, dass man das zur Gesundheit rechne, sei noch nicht der Fall. Aber sie finde schon, dass es zurechenbar sei, denn, wer sich gesund ernähre, sei nicht so oft krank. Vielleicht könne sich das BMG das einmal mit anschauen und ihr dabei helfen. Sie sei nämlich im Landwirtschaftsausschuss zuständig für gesunde Ernährung, aber immer nur aus der Sicht der Landwirte und nicht aus der Sicht der Gesundheit. Sie finde, Ehrenamtler könnten hier mit ehrenamtlichen Engagement viel machen.

Abschließend noch einmal die Frage: Können sie sich vorstellen, diese ganzen fachlich fundierten Initiativen in einer Stiftung zu bündeln? Könne das funktionieren?

Der **Vorsitzende** legt dar, dass er nun selbst einige Fragen stellen wolle. Zuvor bittet er jedoch die Abgeordneten mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit, weiteren Fragebedarf jetzt anzuzeigen. Da es über die vorliegenden Wortmeldungen der Abgeordneten Bahr, Nissen, Stadler und Freihold hinaus keine weiteren gibt, schließt der Vorsitzende die Rednerliste.

Anschließend richtet er an die Vertreter/innen aller Ministerien die Frage, welche Unterstützung eine Ehrenamtsstiftung den Ressorts mit ihrem Engagement bieten könne?

Er habe mit Aufmerksamkeit gehört, dass der Verein „Engagement Global“ sogar eine Serviceagentur habe und zwar mit Beratungsangeboten für Einzelne, aber auch für die Kommunen. Man wolle ja wirklich keine Konkurrenz aufmachen. Also müsse man das irgendwie zusammenbringen und zusammendenken, dass daraus etwas mehr entstehe und nicht zusätzliche institutionelle kostenträchtige Vereine oder Aktivitäten entstünden. Das sei seine andere Frage.

Ganz konkret frage er Frau Becker und Frau Rothacher: Würden bei ihrer Förderung die Länder und die Kommunen auch in die Pflicht genommen? Also müssten die Eigenanteile erbringen?

Dann eine Frage an das Auswärtige Amt, Frau Fellner: Fördere man auch ehrenamtliches Engagement von Menschenrechtsverteidigern? Das seien ja nun hochgradig engagierte Freiwillige, die sich überall in der Welt für bessere Lebensverhältnisse einsetzten.

Herr Schwenzfeier habe die gute Kooperation zwischen den Ressorts betont. Sei die denn tatsächlich ausreichend oder noch ausbaufähig? Und wenn ja, an welcher Stelle könne der Ausschuss die Ministerien dabei eigentlich unterstützen? Das habe heute alles schon so rund geklungen. Vielleicht gebe es noch Ideen, welche Unterstützung die Abgeordneten leisten könnten?



Der **Vorsitzende** erteilt Abg. Ulli Nissen (SPD) das Wort.

Abg. **Ulli Nissen** (SPD): Herr Schwenzfeier, habe betont, wie sehr man für die Sustainable Development Goals, die Nachhaltigkeitsziele, kämpfe. Die seien leider noch viel zu wenig in den Köpfen der Menschen. Sie frage, ob das BMZ einzelne Projekte zu bestimmten SDGs mache oder, ob immer alle SDGs sozusagen bei den Förderungen, bei Ihren Aufgaben mit enthalten seien?

Seitens des BMU sei auch angedeutet worden, dass man im Bereich der SDGs etwas mache. Deshalb stelle sie diese ganz wichtige Frage auch allen anderen Ministerien: Was machen Sie zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsziele? Das sollte ja in allen Bereichen ein wichtiges Thema sein.

Der **Vorsitzende** erteilt sodann Ulrike Bahr (SPD) das Wort.

Abg. **Ulrike Bahr** (SPD) konstatiert, sie sei nach wie vor der Meinung, man brauche einen ordentlichen Ausschuss für das bürgerschaftliche Engagement. Sie wiederhole sich da. Sie sei sogar heute zu der Überzeugung gekommen, eigentlich brauche man einen „Über- oder Oberausschuss“ für das Ganze, was die Ressorts hier leisten und was koordiniert werden wolle, auf parlamentarischer Ebene dann für die Abgeordneten, aber eigentlich eben auch auf ministerieller Ebene.

Sie richte ihre Frage an das Wirtschaftsministerium. Sie komme aus Bayern und interessiere sich jetzt für diesen Wettbewerb „Engagiert in Ostdeutschland“. Sie tue das deswegen, weil sie glaube, dass man in der ganzen Republik das Problem beim bürgerschaftlichen Engagement habe, wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt gehe. Aber, wenn man mit diesem Wettbewerb gerade auch versuche, möglichst bürgernah und niedrigschwellig Menschen dazu zu bewegen, sich zu beteiligen, sei es dann nicht auch

notwendig, über einen Fördertopf dafür zu sorgen, dass die Menschen dann auch freigestellt würden in der Zeit, in der sie hauptamtlich in ihren Beruf tätig seien, in der sie auch das Geld für den Lebensunterhalt verdienen? Diesen Aspekt wolle sie noch einmal mit in die Runde geben.

Der **Vorsitzende** erteilt danach Abg. Svenja Stadler (SPD) das Wort.

Abg. **Svenja Stadler** (SPD): Sie frage Frau Dr. Schack: In den zur Vorbereitung übersandten Unterlagen stehe „Einsatz für den Ausbau und die angemessene Berücksichtigung der ökologischen Freiwilligendienste“. Sie wisse, woher das Geld dafür komme, sie interessiere aber, wie sie sich das vorstellen könne.

Ihre letzte Frage richte sie an Frau Becker mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement gerade in Pflegeeinrichtungen. Sie habe ausgeführt, dass man sich dessen bewusst sei, dass der Einsatz der Ehrenamtlichen, kein Ersatz für eine Fachkraft sein solle. Sie interessiere, wie gewährleistet werde, dass das nicht passiere?

Der **Vorsitzende** erteilt Abg. Brigitte Freihold (DIE LINKE.) das Wort.

Abg. **Brigitte Freihold** (DIE LINKE.) möchte von Herrn Schwenzfeier wissen, wie es mit der Arbeitsmarktneutralität in den Ländern sei, in die die Jugendlichen durch das weltwärts-Programm entsandt würden. Werde auch darauf geachtet? Könne man das überhaupt kontrollieren oder irgendwo nachvollziehen?

Ihre andere Frage betreffe eigentlich alle Programme, nicht nur „weltwärts“, sondern auch „kulturweit“ und „naturweit“. Es sei bekanntermaßen so, dass es Gruppen gebe, die im Engagement eher unterrepräsentiert seien, insbesondere Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien. Deshalb frage sie, ob etwas unternommen werde,



um diese Programme für diese Gruppen von Jugendlichen auch entsprechend attraktiv zu gestalten.

Der **Vorsitzende** dankt den Ausschussmitgliedern für ihre Fragen und bittet die Anhörsenden, möglichst kurz und bündig zu antworten. Die Antwortrunde beginne beim BMG, Frau Becker.

Maria Becker (BMG) beginnt mit der Frage von Frau Landgraf zum Thema Präventionsgesetz und Ernährung. Ja, das Thema Ernährung sei federführend im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) angesiedelt, aber man habe ja auch gemeinsam mit dem BMEL den Nationalen Aktionsplan "IN FORM - Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung". Bei diesem Programm decke das BMEL den Themenbereich Ernährung ab, das BMG den Bereich Bewegung. Im Präventionsgesetz gebe es die nationale Präventionskonferenz, in der sich die Sozialversicherungsträger verständigten, auch unter Beteiligung von Bund, Ländern, Kommunen. Dort würden sogenannte „Bundesrahmenempfehlungen“ verabschiedet, die dann wiederum Grundlage für Landesrahmenvereinbarungen seien und auf dieser Grundlage könnten die Krankenkassen dann eben auch ihre Programme auflegen. In diesen Bundesrahmenempfehlungen werde auch das Thema Ernährung mit angesprochen, so dass es auch Gegenstand von Förderung sein könne und man seitens der Krankenkassen dafür auch sensibilisieren könne.

Die Frage des Vorsitzenden, ob man eine Ehrenamtsstiftung benötige, sei derzeit schwierig zu beantworten. Die Stiftung sei im November im Ressortkreis vorgestellt worden. Fragen nach der konkreten Zielrichtung oder welche Themenfelder damit adressiert werden sollten, seien vermutlich noch nicht abschließend geklärt. Weiteres kenne man nicht.

Sie habe auch darauf hingewiesen, dass das BMG im SGB V und im SGB XI auch Rahmenbedingungen gestaltet habe bzw. auch Unterstützungsleistungen über die Pflegekassen und die Krankenkassen dargestellt seien. Das sei ein spezieller Part. Den könne man nicht mit einer Ehrenamtsstiftung unterstützen. Sie weise darüber hinaus darauf hin, dass kleine Selbsthilfeorganisationen im Bereich der gesundheitlichen Selbsthilfe auch wiederum in größeren Verbänden organisiert seien, und diese Verbände auch versuchten, allgemeinere Fragen zu klären, beispielsweise wie eine Satzung aussehe oder was bei der Datenschutzgrundverordnung zu beachten sei. Ob man darüber hinaus, das wolle sie durchaus offen lassen, noch ein Service gebraucht werde, das müsste man auch mit denen vielleicht noch einmal rückkoppeln.

Frau Stadler habe gefragt, wie man gewährleisten wolle, dass die Unterstützung gerade im Bereich der Pflege, der Selbsthilfe gewährleistet sei, also dass diese Leistungen den ehrenamtlichen Tätigen zugerechnet würden. Das sei zu dokumentieren, auch in den Pflegeeinrichtungen, weil das auch Teil der Abrechnung sei. Im Detail würde sie dazu aber gerne noch einmal schriftlich antworten, weil es nicht ihr Spezialgebiet sei. Aber, ihrer Kenntnis nach sei das von den Pflegeeinrichtungen auch im Rahmen ihrer Vergütungsvereinbarungen mit den Kostenträgern zu berücksichtigen und auszuweisen. Dabei müsse es sich um ergänzende Leistungen und Angebote handeln; es könne sich keinesfalls um Aufgaben handeln, die mit den Kostenträgern auf Landesebene bzw. zwischen der einzelnen Einrichtung und den Kostenträgern als für die Pflegebedürftigen zu erbringende Leistungen vereinbart worden seien.

Die SDGs spielten beim BMG auch eine Rolle, jedoch nicht speziell bei den Förderungen. Das Ministerium sei im Feld der internationalen Gesundheitspolitik, bei den Themen „nicht übertragbare Erkrankungen“, aber auch „Antibiotikaresistenzen“ aktiv. Da bringe man sich ein.



Der **Vorsitzende** erteilt Irmgard Maria Fellner (Auswärtiges Amt) das Wort.

Irmgard Maria Fellner (Auswärtiges Amt) legt dar, sie wolle zuerst auf die Frage des Vorsitzenden zur Förderung des Engagements von Menschenrechtsverteidigern eingehen. Ja, das tue das Auswärtige Amt. Sie wolle das an zwei konkreten Beispielen veranschaulichen. Zum einen, die Projekte, die man im Rahmen des Deutsch-Französischen Menschenrechtspreises fördere. Die deutschen Auslandsvertretungen koordinierten Projekte zusammen mit den französischen Auslandsvertretungen und würden eben auch Menschenrechtsverteidiger vor Ort bitten, konkrete Projekte zu benennen, die man dann auch bezuschussen könne. Die besten Projekte, würden dann ausgezeichnet.

Ein ganz konkretes Projekt in Kolumbien: Dort gebe es die sogenannte CAPAZ-Stiftung, die vor Ort einen sehr wertvollen Beitrag zu Frieden und Stabilisierung in diesem Land geleistet habe. Vor kurzem habe auch der Bundespräsident diese Stiftung besucht und sich sehr beeindruckt über diesen Beitrag gezeigt.

Eine Entsendung von deutschen Menschenrechtsverteidigern ins Ausland sei natürlich eine sehr, sehr schwierige Sache. Sie glaube, darauf habe der Vorsitzende auch nicht abgezielt. Da müsste man unter anderem natürlich die potenziellen Gefährdungen einer Person, die das Land nicht genau kenne, berücksichtigen. Beim Auswärtigen Amt gebe es keinen entsprechenden Ansatz.

Frau Abg. Freihold habe gefragt, wie man das Engagement von Jugendlichen bei den Freiwilligendiensten fördern könne. Natürlich fördere man ohne Ansehen des Einkommens der Eltern. Die Jugendlichen bekämen natürlich ein Stipendium und einen Reisekostenersatz. Sie müssten da nicht in die eigene Tasche greifen. Das wäre

auch widersinnig und würde auch den demokratischen Prinzipien widersprechen, wenn man das von der Tatsache abhängig mache, ob sich Familien so etwas leisten könnten. Dafür sei gesorgt. Sie bekämen ein Stipendium, ein Taschengeld.

Hinsichtlich der Frage, ob entsandte junge Menschen im Gastland dann einen Arbeitsplatz wegnehmen: Die jungen Menschen ersetzen keinen, sondern arbeiten zu und leisten Hilfestellungen. Sie hätten natürlich auch von der Vorerfahrung und von der Ausbildung her nicht die Fähigkeiten, einen Arbeitsplatz komplett zu ersetzen.

SDGs: Das Auswärtige Amt habe sich die SDGs auf die Fahnen geschrieben. Man habe sehr viele Projekte, die diese Ziele im Ausland förderten. Es gebe auch Incentives für die eigenen Bediensteten, die im Ausland z. B. über einen Klimafonds verfügen könnten, mit dem sie auch unbürokratisch kleinere Projekte bezuschussen könnten, weil man natürlich davon ausgehe, dass ein Antragswesen nach deutschem Verfahren gar nicht leistbar sei. Da gebe es sehr viele Instrumente, die sie gar nicht alle aufzählen könne. Aber das sei, gerade wo man jetzt auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sitze, ein Muss, diese Flagge mit großem Engagement voranzutragen.

Der **Vorsitzende** bittet sodann Dagmar Rothacher (BMW) um ihre Antworten.

Dagmar Rothacher (BMW) spricht das Statement von Frau Abg. Landgraf an, dass es in den ländlichen Regionen immer schwierig sei, Ansprechpartner oder Interessenten zu finden. In der Tat sei das zutreffend. Deswegen sei man bemüht, die Ausschreibung des BMWi so niedrigschwellig wie möglich zu machen und auch die Möglichkeit zu schaffen, dass man telefonisch nachfragen könne, wenn man unsicher sei. Bewerbungen müsse man sich nicht als Verein oder ähnliches, sondern es könnten sich auch einfach



Personen zusammentun, die eine gute Idee hätten, die sie bislang nicht haben umsetzen können. Das sei der Grundgedanke. Wenn sich dort Ältere mit Jüngeren zusammentäten, wäre das natürlich eine tolle Sache. Man müsse einfach mal sehen, wie das funktioniere. Aber es sei ihnen bewusst, dass es im ländlichen Raum etwas schwieriger sei. Man erhoffe sich durch dieses Anreizpreisgeld, der Motivation einen Anstoß zu geben, eine gute Idee, die man im Kopf habe, vielleicht jetzt doch anzugehen und sich durch finanzielle Möglichkeiten eine gewisse Unterstützung zu holen.

Der Vorsitzende habe gefragt, was eine Stiftung zur Unterstützung beitragen könne. Man mache im Arbeitsstab keine Förderprogramme in so großem Umfang, aber sie würde sich hier Frau Becker anschließen. Die erste Frage müsse eigentlich immer sein, welchen Mehrwert man eigentlich generieren könne. Also, wo fehle etwas und was könne man noch zusätzlich anbieten, um Engagement zu ermöglichen? Und sie fürchte, man habe eine ganze Menge.

Darüber hinaus sei gefragt worden, ob die Kooperation der Ressorts klappe. Im Prinzip schon, aber bei der Fülle der Aufgabenstellungen, die jeder zu erfüllen habe, sei es nie ganz ausgeschlossen, dass man bei dem einen oder anderen Punkt sicherlich noch einmal darüber nachdenken könne, ob man da besser kooperieren könne. Deswegen fände sie es schon richtig, dass man solche Fragen den Ressorts noch einmal vor Augen führe und damit die Möglichkeit schaffe, sich noch einmal zu verständigen, an welcher Stelle denn tatsächlich etwas fehle, wo der Bedarf sei und welchen man womit abdecken könne.

Sofern interessiere, inwieweit Länder und Kommunen in die Pflicht genommen würden, so komme das hier gar nicht in Betracht, weil es sich um eine Ausschreibung, einen Wettbewerb handle, an dem natürliche Personen oder Privatpersonen teilnahmen und das Preisgeld erhielten. Das heiße, eine Beteiligung in Form einer

Co-Finanzierung oder ähnliches finde hier nicht statt.

Frau Abg. Bahr habe gefragt, inwieweit man es unterstützen könne, wenn sich jemand ehrenamtlich engagiere und bereit sei, seine Freizeit dafür zu Verfügung zu stellen. Der Wettbewerb sei ein punktuelles Ereignis. Im August werde die Prämierung vorgenommen. Das sei ein sehr kleines Zeitfenster, das nicht so viel Zeit binden werde, aber im Prinzip habe die Abgeordnete durchaus Recht. Das sei auch die Beobachtung, die man in Ostdeutschland mache, dass es dort nicht so gut funktioniere, sich fest in Vereinen und ähnlichem zu binden. Durch die Zeitknappheit, der viele unterworfen seien, sei es auch eine Schwierigkeit, sich neben dem beruflichen Alltag und der Familie tatsächlich auch noch zu engagieren. Das sei eine Frage, die man sich stellen müsse, inwieweit man da Erleichterung schaffe. Was den Ideenwettbewerb betreffe, sei dies eine punktuelle Angelegenheit, die zeitlich und auch vom Umfang der Arbeit her überschaubar sei. Das werde sicherlich so funktionieren. Wer sich das zutraue, der könne das sicherlich stemmen.

Sie müsse gestehen, die Frage der SDGs habe man beim Ideenwettbewerb nicht gestellt. Man habe sie nur insoweit gestellt, als dass man mit dem Wettbewerb und mit dem Preisgeld die Umsetzung anstoßen wolle und man in die Bedingungen hineingeschrieben habe, dass man auch gucken wolle, was daraus geworden sei. Das heiße, habe dieses Pflänzchen nicht nur gekeimt, sondern sei daraus eine Pflanze geworden, die vielleicht auch noch nach Ende des Wettbewerbs weiter gepflegt werde? Also insoweit hier ein kleiner Beitrag.

Der **Vorsitzende** erteilt Dr. Korinna Schack (BMU) das Wort.

Dr. Korinna Schack (BMU): Frau Abg. Stadler habe wissen wollen, was der Ausbau der ökologischen Freiwilligendienste konkret bedeute. Da habe man zwei Bereiche. Einmal sei es das FÖJ,



das eben nicht vom BMU ausgerichtet werde. Stichwort Kooperation. Die Zusammenarbeit sei gut, aber man müsse dann auch immer gucken, dass das FÖJ auch nicht vergessen werde. Der andere Bereich liege durchaus bei den Umweltverbänden, die auch immer wieder dafür geworben werden müssten, zu sagen, es sei super, auch Freiwillige und Freiwilligendienste zu haben. Da gelte es auch, zu werben. Das seien die zwei Bereiche, an denen man kontinuierlich arbeite.

Die Frage nach den SDGs passe auch gut zusammen mit der Frage nach der Kooperation. Sie finde die Kooperation zwischen Ressorts sehr schön. Es gebe einen regelmäßigen Austausch, das jährliche Ressortgespräch, in dem man immer etwas voneinander erfahre. Das gelte auch für den bilateralen Austausch. Was sie sich tatsächlich wünschen würde, wäre ein gemeinsames Verständnis zum Thema „SDGs im bürgerschaftlichen Engagement“. Sie habe zuvor darauf hingewiesen, dass das BMU gerade ein Forschungsprojekt beende und es da auch eine Handreichung mit Blick auf die SDGs geben solle. Man habe dabei auch einige tolle Beispiele zur Kooperation zwischen Organisationen aus unterschiedlichen Engagementbereichen gefunden. Die erwähnte Handreichung aus dem Projekt würde man dann auch gern zur Verfügung stellen. Es wäre auch ein Mehrwert, wenn man etwas Neues zur Förderung des Engagements schaffe, dass dabei dann eben so aktuelle Herausforderungen, wie die Umsetzung der SDGs, auch sehr zentral angesprochen würden. Es würde sehr helfen, wenn die Abgeordneten das mitbefördern würden. Das sei etwas Ressortübergreifendes.

Der **Vorsitzende** erteilt anschließend Eric Schnell (BMVg) das Wort.

Eric Schnell (BMVg): Zur Frage, wie der Ausschuss die Ministerien unterstützen könne: Es gebe ein ganz konkretes Maßnahmenbündel, das er hier empfehlen könne, nämlich einen Gesetzentwurf zur nachhaltigen Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, der vor

14 Tagen im Bundeskabinett beschlossen wurde und jetzt in den Gesetzgebungsgang gehe. Darin stünden auch Maßnahmen z. B. für Reservisten und freiwillig Wehrdienstleistende. Das wäre ein konkreter Ansatz, wie die Abgeordneten der Bundeswehr helfen könnten.

Zur Freistellung von Mitarbeitern während der Arbeitszeit: Hier gebe es tatsächlich verschiedene Regelungen. Derzeit bearbeite man z. B. den Unterstützungserlass, der sich mit dem Bundeswehrsozialwerk beschäftige. Darin stehe auch, dass im Rahmen der dienstlichen und haushalterischen Möglichkeiten ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundeswehrsozialwerks, die hauptamtlich bei der Bundeswehr arbeiteten, auch diese ehrenamtliche Tätigkeit ermöglicht werden solle. Das finde sich auch in anderen Bundeswehrvorschriften.

Zur Frage der Unterstützung durch die Stiftung: Man kenne die Planung zur Stiftung zwar in Umrissen, aber noch nicht im Detail. Deshalb wolle er sich hier einer Stellungnahme enthalten.

In der Frage nach den SDGs sehe er einen Zusammenhang mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit, das das BMVg gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und mit dem BMZ seit Jahren verfolge. Denke man an Mali oder an Afghanistan, leiste die Bundeswehr hier ihren entsprechenden Beitrag.

Der **Vorsitzende** erteilt abschließend Dirk Schwenzfeier (BMZ) das Wort.

Dirk Schwenzfeier (BMZ): Stichwort Arbeitsmarktneutralität bei weltwärts-Entsendungen: Er habe vorhin bereits dargestellt, dass die Verantwortung für die Entsendungen bei über 170 Entsendeorganisationen liege, die wiederum mit ihren Partnern vor Ort die einzelnen Entsendeplätze aussuchten, die Einsatzpläne und die konkreten Vorhaben dort genau festlegten. Deshalb gehe er davon aus, dass es Konkurrenz zum Arbeitsmarkt vor Ort so nicht gebe.



Was die SDGs anbetreffe, habe er eingangs bereits dargelegt, dass diese für das BMZ die Leit schnur seien. Man gebe allerdings für einzelne Projekte keine Schwerpunkte bei den SDGs vor. Wer einen guten Projektvorschlag habe, der genehmigungsfähig sei, bekomme diesen genehmigt, sofern genug Geld vorhanden sei. Dabei sei es egal, auf welches SDG er sich konkret beziehe. Mit einer Ausnahme, es gebe bei der Unterstützung von Kommunen ein Programm für sogenannte „Klimapartnerschaften“. Das sei also insofern ein Schwerpunkt, den man über ein Programm setze. Aber wie gesagt, man gebe Kommunen und Städten da nichts vor. Wenn sie sich für Klimapartnerschaften entschieden, sei das gut, wenn nicht, sei es auch gut.

Stichwort Städtepartnerschaften: Das ist ein Stichwort, welches man ungern in den Mund nehme, weil es gedanklich in eine falsche Richtung führe. Das BMZ bezeichne die Unterstützung, die es für Kommunen leiste lieber mit dem Begriff „Knowhow-Partnerschaften“. Denn genau darauf ziele es ab. In Deutschland funktionierten Städte und Kommunen sehr gut. Stichwort Daseinsvorsorge, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllentsorgung, Infrastruktur, bei allem Ärger, den es im Detail geben könne, aber es funktioniere. Da liege es natürlich nahe, das Knowhow, welches in den Städten und Gemeinden vorhanden sei, dort zur Verfügung zu stellen, wo es gebraucht werde. Deshalb nenne man das gerne „Knowhow-Partnerschaft“. Zurzeit seien etwa 700 deutsche Kommunen in den Programmen des BMZ im Rahmen solcher Knowhow-Partnerschaften aktiv, also rund 10 Prozent der deutschen Kommunen habe man damit bereits erreicht. Die Programme, die man in diesem Zusammenhang fahre, erfreuten sich sehr stark wachsender Nachfrage. Da habe man bei den Kommunen richtig etwas losgetreten, worüber man sich natürlich sehr freue.

Das Ministerium habe ein Pilotprojekt für die kommunalen Unternehmen ganz neu aufgelegt, die ihrerseits ja kein Geld in die Hand nehmen dürften. Überwiegend finanzierten die sich aus Gebühren, die zweckgebunden seien. Damit

dürften sie keine freiwilligen Leistungen im Rahmen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit erbringen. Deshalb finanziere das BMZ kommunale Unternehmen, die Knowhow in den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen wollten zu 100 Prozent. Das sei ein sehr hoher Satz, mit dem man fördere. Diese Förderungssätze bewegten sich ansonsten zwischen 50 und 70 Prozent und lägen in Einzelfällen bei 90 Prozent.

Das Angebot, das man den Kommunen mache, sei natürlich erst einmal Beratung. Sei das sinnvoll, was sie sich vorstellten? Sei das auch sicherheitspolitisch unbedenklich? Man habe auch schon Kommunen gehabt, denen man habe abraten müssen, weil es zu gefährlich sei, an den gewünschten Ort zu gehen.

Das zweite sei dann natürlich die finanzielle Unterstützung auf verschiedenen Stufen, von Anbahnungsreisen, die man unterstütze, bis hin zu großen Projekten. Man biete auch personelle Unterstützung an, wenn Kommunen sagten, sie wollten sich größer engagieren und brauchten da jemanden, der in der Kommune helfe. Denen biete man für zwei Jahre sogenannte Keypal-Manager an, also kommunale Entwicklungspolitik-Manager, die in den Kommunen erst einmal die Dinge ordentlich in Gang brächten, in der Hoffnung, damit Strukturen zu schaffen, die im Anschluss von alleine liefen.

Es handle sich um ein sehr breit gefächertes Angebot, welches sich großer und wachsender Beliebtheit erfreue. Das Ganze werde letztlich durch „Engagement Global“ administriert. Er habe es ja schon erwähnt, 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bonn, auch stark wachsend, weil die Nachfrage so groß sei. Allein für die Beratung und die finanzielle und personelle Unterstützung von Kommunen seien über 100 Kolleginnen und Kollegen in Bonn tätig, die das Ganze für das BMZ administrierten.



Wenn ihm dann als Schlusssatz erlaubt sei, zu sagen, dass er nicht umsonst auf die wachsende Nachfrage bei den deutschen Kommunen nach den Programmen des BMZ hingewiesen habe. Die wachsende Nachfrage stoße an eine schlichte Grenze und das sei der Bundeshaushalt. Man habe jetzt angefangen, den Bundeshaushalt 2020 zu beraten. Irgendwann liege er den Abgeordneten vor und jetzt mache er nur drei Punkte, den Rest könnten sich die Ausschussmitglieder denken.

Zur Frage der Abg. **Brigitte Freihold** (DIE LINKE.) nach dem Engagement von Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien berichtet er, dass im vergangenen Jahr eine Evaluation von „weltwärts“ stattgefunden habe, bei der sich herausgestellt habe, dass es, wie häufig bei solchen Programmen, einen eindeutigen Schwerpunkt bei den entsandten Jugendlichen und jungen Menschen gebe, die ein hohes Bildungsniveau aufwiesen, also bei Abiturienten und hier wiederum noch spezifischer bei weiblichen Abiturientinnen. Es lasse sich zahlenmäßig sehr klar darlegen. Man überlege zurzeit wie man im Rahmen einer Öffentlichkeitskampagne, die man für „weltwärts“ starten wolle, und zwar sowohl mit Blick auf die Entsendeorganisation als auch zentral als BMZ, wie man auch andere Gruppen besser ansprechen könne, namentlich Berufsschulen. Da liege im Augenblick ein gedanklicher Schwerpunkt. Es sei nicht ganz einfach, aber das Problem sei erkannt, und das BMZ versuche, es zu lösen.

Der **Vorsitzende** erteilt für eine Ergänzung Maria Becker (BMG) das Wort.

Maria Becker (BMG): Der Vorsitzende habe zuvor nach weiteren Anliegen gefragt. Man habe es gesehen, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt lebten von Engagement, von Gestaltungsspielräumen, von Kreativität und Flexibilität. Ihr Wunsch sei, dass man diese Gestaltungsspielräume und die Kreativität erhalte und befördere, und damit auch Anreize für das Ehrenamt setze.

Der **Vorsitzende** stellt fest, das sei ein sehr gutes Schlusswort gewesen. Er dankt den Anhörpersonen für ihr Engagement und für zwei spannende Stunden. Anschließend verabschiedet er die Anhörpersonen und Gäste der öffentlichen Sitzung.

Tagesordnungspunkt 2

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 19:17 Uhr


Martin Patzelt, MdB
Vorsitzender